auditorium

April 1968

53
C 20825 F



Sein Reich wird kommen

H. RUST



Polizei-Phalanx



Blutige Köpfe





Festung Springerhaus

auditorium

hamburger studentenzeitschrift

in diesem Heft

Impressum: Ausgabe April 1968 / Verlagsort Hamburg.

Redaktion: Holger-Jens Riemer (verantw.), Christine Radbruch, Ulrich Weisse.

Titel- und Rückseite: Holger Rust.

Mitarbeiter dieses Heftes: Wolfgang E. Bolz, Dirk Hoerder (Minneapolis), Reginald Lark, Jens Litten, Urs Möller, Peter Münder, Richard E. Otto, Sven G. Papcke, Hans-Christoph Steinhausen, Tobias Strunk (Berlin), Wolf Walter, Roland Winter.

Herausgeber: AStA der Universität Hamburg, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 7, Tel. 4 10 30 64.

Verkaufspreis: –,30 DM.

An Studenten der Universität Hamburg: kostenlos. auditorium erscheint siebenmal im Jahr, viermal im Winter- und dreimal im Sommersemester / Zur Zeit gilt Anzeigentarif Nr. 7 / Bankverbindung: Dresdner Bank, Harvestehude 460 20.

Druck: A. Pockwitz Nachf. Karl Krause, Stade/Elbe, Poststraße 11–15.

Auflage dieser Ausgabe: 10 000.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher übernehmen wir keine Gewähr. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

Vorlesungs- und Seminarkritiken werden anonym veröffentlicht. Die Namen der Verfasser sind der Redaktion bekannt.

■

Beilagenhinweis: Beachten Sie bitte das beigelegte Informationsmaterial der Zeitschrift BILD DER WISSENSCHAFT, die von Prof. Haber in der DEUTSCHEN VERLAGSANSTALT herausgegeben wird.

Einer Teilauflage ist eine Beilage der Burschenschaft Alemannia-Redaria beigefügt.

auditorium dokumentiert die studentische Aktivität nach den Ereignissen der Ostertage an einem großen Teil der westdeutschen Universitäten.

Studenten in eigener Sache

MÜNCHEN

An der Münchner Universität herrschen noch Semesterferien. Trotzdem wurde nach dem Ostermarsch und anschließenden Aktionen gegen Springer-Zeitungen, bei denen zwei Menschen den Tod fanden, vom AStA ein Schweigemarsch gegen Terror und Gewalt organisiert. Zentrum für weitere Aktionen ist vorerst noch die TH. Dort werden Flugblätter und Presseerklärungen verfaßt.

KÖLN

Nach dem gescheiterten Blockadeversuch der BILD-Auslieferung für Oster-Sonnabend, fand am 18. 4. nach einigen Vorbereitungen ein teach-in statt, dessen einziges Ergebnis der Beschluß war, ein Aktions-Komitee zu gründen. Der Beschluß der Tagung ist noch für April geplant. Kölner Studenten schwärmten aus, um Flugblätter vor Betrieben zu verteilen. Der AStA verhandelte währenddessen mit dem DGB: Man kam überein, daß Studenten als Gäste auf der Mai-Kundgebung anwesend sein dürften und dem AStA-Vorsitzenden eine Rede an die Arbeiter gestattet werden sollte. Dann aber schaltete sich Rosenberg ein. Er empfahl seinen DGB-Landesverbänden, keinerlei Solidarisierung mit Studenten zum 1. Mai zu proklamieren. Seitdem steht die Stellungnahme des DGB Köln aus.

Außerdem fand eine Unterredung mit dem Verleger Neven DuMont statt, der für BILD einen Druckauftrag hat. Das Ansinnen, BILD künftig nicht mehr zu drucken, lehnte er, auch mit Hinweis auf die Arbeitsplätze, jedoch ab. Der AStA hofft aber, daß seine Presseerklärung zumindest von seiten der BILD-Zeitung ein Nachspiel haben wird.

FRANKFURT

Die Frankfurter tun sich auf dem Gebiet der Publikationen hervor. Eine Extra-Zeitung wurde 50 000fach von Schülern und Studenten in der Stadt verteilt, dazu Flugblätter, vor allem vor Betrieben. Darüber hinaus wurde eine 50seitige Dokumentation mit Zeugenaussagen zu den Polizei-Übergriffen zusammengestellt. Ferner fanden innerhalb einer Woche drei teach-ins statt. Auf einem dieser teach-ins sprach selbst Oberbürgermeister Brundert.

HEIDELBERG

Am Karfreitag fuhren Heidelberger Studenten nach Eßlingen, wo es ihnen mit starken Barrikaden gegen die Lokal-Polizei gelang, die Auslieferung der BILD-Zeitung entscheidend zu verzögern. Eine gleiche Aktion am Montagabend scheiterte an den vorsorglich aufgezogenen Absperrungen der Polizei. Nach einem teach-in am 18. 4. bildeten die Studenten Arbeitsgruppen, an denen auch die Gewerkschaften teilnehmen wollen, um Möglichkeiten zu erörtern, wie die Bevölkerung direkt anzusprechen und aufzuklären sei.

Für den 27. 4. ist eine Große Demonstration anläßlich des Besuchs von Axel Springer bei Bechtle geplant.

GÖTTINGEN

In Göttingens AStA-Räumen herrschte die ganze Nacht zum Karfreitag Hochbetrieb: Bereits am Morgen wurden die Kirchgänger mit Aufklärungsflugblättern eingedeckt. Außerdem erreichten die Studenten, daß sie in den Kirchen selbst während des Gottesdienstes Stellung nehmen durften.

Abends warfen sie in einem Theater mitten in der Vorstellung 1000 Flugzettel ab und funktionierten die Veranstaltung zum Diskussionsforum um. Et-

Forts. S. 4

Forts. v. S. 3

was später bauten sie am Bahnhof Barrikaden und erwirkten von der Polizei die Erlaubnis, die eingehende Post auf Zeitungssendungen hin zu kontrollieren. An diesem Tag wurden in der Stadt 30 000 Flugblätter verteilt.

Am Sonnabend erprobten die Göttinger auf dem Marktplatz eine Variante der üblichen Kundgebung: Die Redezeiten wurden auf 3 Minuten begrenzt und anschließend in kleineren Gruppen diskutiert – mit Megaphonen, die die Polizei zur Verfügung gestellt hatte.

Mit den Gewerkschaften pflegen die Göttinger Studenten so gute Zusammenarbeit, daß der Landesvorstand Göttingen vom Dachvorstand gerügt wurde. 50 Arbeiter gaben ihr Parteibuch zurück.

MÜNSTER

Die Universität in Münster erlebte vor 3 Wochen einen eindrucksvollen Linksrutsch. Der neue AStA wird von HSU, SDS und SHB getragen.

Dieser AStA entfaltete am Karfreitag umfassende Aktivität. Mit Plakaten, 20–30tausend Flugblättern und Diskussionsgruppen in der Stadt sollte die Bevölkerung erreicht werden. Am 17. 4. fand eine Kundgebung zusammen mit Parteien und Gewerkschaften statt.

Am 18. 4. wurde ein ganztägiges teach-in abgehalten, das von 9 bis 23 Uhr dauerte. Der Rektor hatte dafür nach einigem Zögern vorlesungsfrei gegeben.

Als besonders bemerkenswert hob der AStA-Vertreter die plötzliche, starke Unterstützung von seiten der Assistenten hervor.

KIEL

Auch die Kieler Studenten empfingen am Karfreitag die Kirchgänger mit Flugblättern. Sonnabend veranstalteten sie ein teach-in auf dem Rathausplatz, das sich, von Bürgern gut besucht, bis in den Abend hinein ausdehnte. Am 17. 4. fand, wie überall auch, ein teach-in statt, auf dem scharfe Kritik an den gewalttätigen Losungen des SDS geübt wurde. Eine Resolution für Gewaltlosigkeit wurde fast einstimmig angenommen. Danach zogen die Teilnehmer zum Rathausplatz, wo die Hochschulgruppen, die Jungsozialisten und die Jungdemokraten sich an die Bevölkerung wandten.

BOCHUM

Die Bochumer Kommilitonen, deren Campus ungünstig außerhalb der Stadt liegt, fuhren am Karfreitag nach Essen, wo sie die Auslieferung von Springer-Zeitungen wirksam behinderten. Am folgenden Tag veranstalteten sie mittags eine Kundgebung, auf der Politiker, Professoren und der Rektor sprachen. Eine Vollversammlung am 18. 4. beschloß, Seminare zu den Themen Springer und Demonstrationen zu bilden.

Hans Erich Bahr

Ordinarius für praktische Theologie in Bochum *)

Nach dem Sturm startete eine Solidarisierungswelle erschrockener Liberaler, die erkennen, daß die Unterdrückung der kritischen Studentenschaft Vorgeschmack „kommender Dinge" ist. Während der Aktion aber, erfaßten nur wenige „Etablierte" – in Hamburg keiner! –, wohin ein Staat steuert, der legale Demonstrationen zusammenknüppelt.

Schweigen ist Verrat

Vor einer Woche wurde Pastor Martin Luther King ermordet. Ein Prediger der Gewaltlosigkeit, wie man uns sagt, ein schwarzer Gandhi, ein frommer Beter? So steht es in unseren Zeitungen. Ein Mann, der nicht kämpft, wenn man ihn und die Seinen zusammenschlägt?

Bürger, lassen wir uns diesen Bären nicht aufbinden! Der Friedensnobelpreisträger steht nicht auf seiten des Berliner Senats, steht nicht auf seiten der Großen Koalition. Er steht mit seinem aktiven Kampf gegen die Ungerechtigkeit, gegen die Kriegspolitik des Präsident Johnson auf seiten der Studenten in Bochum, in Berlin, in Prag und Amerika.

Martin Luther King steht mit seinem aktiven Kampf gegen die Notstandspraxispolitik auf seiten aktiver Opposition in der gesamten westlichen Welt. Bürger, Martin Luther King und Rudi Dutschke lassen sich nicht gegenüberstellen wie der gute Engel drüben und der böse Ruhestörer hier!

„Ich marschierte mit den zornigen jungen Menschen", erklärte Dr. King kurz vor seiner Ermordung. „Und ich sagte: Molotow-Cocktails lösen eure Probleme nicht. Aber sie fragten", sagt Dr. King, „sie fragten mich mit Recht: Und Vietnam? Sie fragten: ob Amerika und der Westen denn nicht massive Gewalt anwenden. Diese Fragen trafen mich tief", erklärte King. „Und ich wußte, daß ich niemals wieder meine Stimme erheben könnte gegen Gewalttaten meiner eigenen Leute, bevor ich nicht eindeutig den größten Gewaltausüber in der heutigen Welt angeredet habe, und das ist meine eigene Regierung."

Und Dr. King fährt in dieser Erklärung fort: „Um der Hunderttausende willen, die unter den westlichen Gewaltakten zittern, kann ich nicht länger schweigen. Wir müssen bereit sein, aus Worten Taten werden zu lassen, und jeden nur möglichen Weg des Protestes suchen."

Liebe Bürger, Tausende sind in Amerika diesem Aufruf Pastor Kings gefolgt. Auch für uns ist die Zeit gekommen, wo Schweigen Verrat bedeutet! 1648 junge Amerikaner warten zu dieser Stunde als aktive Kriegsgegner im Gefängnis auf ihren Prozeß. 350 000 Amerikaner werden in der nächsten Woche auch ohne King nach Washington marschieren. Auch bei uns sind immer mehr Bürger entschlossen, aktiv zu werden für den sozialen Frieden, aktiv zu werden für den Frieden mit den sozialistischen Völkern.

Sie haben lange Zeit geglaubt, Frieden, das sei Ruhe ohne Experimente. Der Berliner Senat und viele Bonner Politiker glauben das heute noch. An Martin Luther King, an den Studenten in Berlin, in Prag, in Amerika und in Bochum können wir lernen: Nicht die Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, sondern der aktive Protest gegen eine Politik der zuschlagenden Gewalt, der aktive Protest gegen eine politische Führung, die zu feige ist, um die längst fällige Friedenspolitik endlich zu beginnen, der aktive Protest gegen einen Journalismus, der uns zur Menschenjagd aufruft. Martin Luther King starb nicht für die faule Ruhe, sondern für die gerechte Entlohnung der Arbeiter in der Müllabfuhr der Stadt Memphis.

Bürger, es kann eine Zeit kommen, in der Schweigen Verrat bedeutet! Diese Zeit ist für viele Studenten und für uns Professoren gekommen.

*) Rede, gehalten am Ostermontag auf dem Husemannplatz in Bochum.

Jens Litten
2. AStA-Vorsitzender

PERSPEKTIVEN

Stellungnahme des AStA

Erste Bilanz der Ereignisse zu ziehen, die wieder einmal so ungenau mit „studentischer Unruhe" umschrieben werden, fällt nicht nur den direkt Beteiligten schwer. Das in den letzten Tagen zu beobachtende Schwanken zwischen einem ungekannten Machtgefühl und nackter physischer Angst beweist nur zu deutlich die Schwierigkeit einer eindeutigen Situationsanalyse; allenfalls kann eine Bestandsaufnahme versucht werden, die angesichts der ausgebliebenen notwendigen rationalen Kommunikation über die Vorfälle zu Ostern nur subjektiv sein kann.

Die folgenschwere Eskalation physischer staatlicher Gewalt vom Donnerstag bis zum Ostermontag ist bekannt; es genügt hier, auf die ausführliche Dokumentation und Chronologie zu verweisen, die vom AStA vorgelegt wurde.

Empörung reicht nicht

Die berechtigte Empörung über das brutale Vorgehen der Polizei, ihre Führungslosigkeit und die ständig zu beobachtende qualitative und quantitative Inadäquanz der polizeilichen Mittel darf allerdings nicht zu der Annahme verführen, daß das Skandalon des Polizeieinsatzes entsprechende politische Konsequenzen zeitigen wird. Auch das brutalste Vorgehen kann heute auf die Zustimmung einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung rechnen, da diese, nicht gewöhnt, in unverzerrten historischen Perspektiven zu denken, von Teilen der Presse animiert wird, die „studentische Unruhe" mit dem faschistischen Terror gleichzusetzen, und darin eingeübt ist, durch Wohlstandskonsum domestiziert, in einem wohlstandstemperierten autoritären Gemeinwesen das Denken durch staatliche Instanzen abgenommen zu bekommen. Solange die Gesellschaft ihre eigene Sicherheit mit dem Privateigentum Axel Springers identifiziert, muß sie einen Angriff auf die herrschaftliche Inanspruchnahme der Gewerbefreiheit — sprich Pressefreiheit — als einen gegen die „freiheitliche Grundordnung" gerichteten Subversionsversuch interpretieren.

Immerhin ist der Öffentlichkeitscharakter der Ware „Zeitung" auffälliger als der anderer Produktionsgüter. Insofern läßt sich die Hypothese wohl wagen, daß unsere Gesellschaft „springerbewußter" geworden sei. Die vom Konzernherrn entfachte Rechtfertigungskampagne, die strikte Weigerung führender Verlagsangehöriger wie etwa des Bild-Chefredakteurs Peter Boenisch, an öffentlichen Diskussionen über den Springer-Konzern teilzunehmen, läßt immerhin auf eine gewisse Nervosität, die Erkenntnis der Anfechtbarkeit der eigenen Position schließen.

Doch muß heute die Frage erlaubt sein, ob denn die Forderung nach Enteignung, die das Grundgesetz im öffentlichen Interesse ausdrücklich legalisiert, mit dem Mittel einer Belagerung durchgesetzt werden kann oder aber, sollten die Belagerungen der Springer-Häuser einen anderen Zweck verfolgt haben, dieser einigermaßen realisiert wurde. Heute erst wissen wir, was vorher hätte abgesehen werden können. Die wirtschaftliche Macht des Konzerns ist ungebrochen. Auslieferungen wurden, wenn überhaupt, verzögert, nicht verhindert. Und wer wollte wohl so naiv sein, zu meinen, daß der einmalige Verzicht auf die Lektüre der Bild-Zeitung den Mechanismus der Manipulation zu durchbrechen erlaubte, von dem es heißt, und das mit einigem Recht, er führe zu einer systematischen Verdummung breiter Schichten der Bevölkerung?

Die veranstalteten Demonstrationen waren Manifestationen einer gegen Sachen gerichteten Gewalt immer dann, wenn sie in Belagerungen ausmündeten. Sie wurden als gewaltlos deklariert, weil auf Gewalt gegen Personen ausdrücklich verzichtet wurde. Die gegen Sachen gerichtete Gewalt hätte jederzeit gebrochen werden können, ohne Gewalt gegen Personen anzuwenden. Die passive Gewalt eines Sitzstreikes ist in ihrer Passivität also jederzeit ohne Anwendung gegen Personen gerichteter physischer Gewalt zu brechen. Die Frage, ob die gegen Sachen gerichtete Gewalt gerechtfertigt war, ist nicht von ungefähr zu entscheiden.

Unbeschadet aller rechtlichen Erwägungen darf der politische Charakter des „Belagerungszustandes" nicht eskamotiert werden: in der Demonstration selbst kommt die unnachgiebige Aufforderung zum politischen Handeln, zur Gesetzesinitiative zum Ausdruck, einer Initiative, der sich Politiker aller Coleur solange haben und werden entziehen können, als nicht der „Druck der Straße", d. h. das in der Aktion sich publizierende und artikulierende mündige „Volk", zu einem solchen Schritt drängt. Die verquere politische Situation in unserem Lande führt dazu, daß allen Parteien die Aktionen einer als außerparlamentarisch sich verstehenden Opposition in dem Maße nützen, wie sie diese Aktionen verurteilen können. Daß Springer ohne jede demokratische Legitimation, d. h. ohne jedes Mandat und entsprechende Kontrolle, politische Herrschaft ausüben kann, haben die verschiedensten Ereignisse, darunter die Telefongebührenaffäre hinlänglich bewiesen.

Solange die rebellierende Gruppe noch klein ist, scheint es opportun, sie als linke Krawalliererhorde abzutun. Verlieren die großen Parteien jetzt Wählerstimmen bei Landtagswahlkämpfen, ist der Sündenbock schnell gefunden. So hat jeder etwas von der „studentischen Unruhe" und kann in ihrer scharfen Verurteilung sein demokratisches Bewußtsein demonstrieren. Wenn man so will, eignet sich die studentische Bewegung als idealer politischer Barometer, läßt sich doch aus den Reaktionen sehr leicht ablesen, welche Tabuzerstörung der „freien und offenen Gesellschaft' heute zugemutet werden kann.

Wir brauchen neue Konzepte

Freilich sollten wir uns davor hüten, den politischen Parteien diesen Bärendienst zu erweisen. Solange wir damit rechnen müssen, daß unsere Demonstrationen nicht ihren Adressaten erreichen, wir also davon ausgehen müssen, daß sie mit Billigung der Mehrheit zusammengeknüppelt werden können, ist das Risiko, daß eine als gewaltlos und friedlich geplante Demonstration in einem Blutbad endet, untragbar. Es mögen Masochisten auch weiterhin sich zusammenschlagen lassen, es bleibt ihnen unbenommen. Da wir wissen, wer über Schlag- und Schußwaffen verfügt und davon ohne Gefahr für sich großzügig Gebrauch machen kann, werden wir in der kommenden Zeit andere Wege gehen müssen. Diese müssen in der Zeit einer „Demonstrationspause" artikuliert werden. Fertige Konzepte liegen nicht auf dem Tisch. Die Ratlosigkeit ist allgemein, sie muß rational bewältigt werden. Fordern wir die staatliche Autorität heraus, können die Folgen für uns tödlich sein; machen wir die Autorität in ihrem falschen Anspruch lächerlich, kann sie mit der Zeit daran zugrunde gehen. An dieser Alternative haben sich unsere Konzeptionen auszurichten, andernfalls laufen wir Gefahr, es allen recht zu machen und uns selbst aufzugeben.

Urs Möller

Freiheit *von* der Springerpresse

„Am Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit läßt sich studieren, wie es vom Grad und der Art ihrer Funktionsfähigkeit abhängt, ob der Vollzug von Herrschaft und Gewalt als eine gleichsam negative Konstante der Geschichte beharrt – oder aber, selber eine historische Kategorie, der substantiellen Veränderung zugänglich ist."

Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit; Neuwied 1965, p 271.

Studenten in allen Teilen West-Deutschlands und in West-Berlin, die am Gründonnerstag, am Karfreitag und am Ostermontag auf die Straße zogen, um gegen den Springer-Konzern zu demonstrieren, um auf den Zusammenhang zwischen dem Attentat auf Dutschke und den Zeitungen dieses Konzerns aufmerksam zu machen, sehen sich nach Tagen brutalster polizeilicher Ausschreitungen und fortgesetzter Verketzerung in der Isolation wie nie. Vorbeugende Haft gegen „Rädelsführer", Schnellgerichte und hartes Vorgehen wird von unseren autoritär-bestimmten Politikern gefordert.

Blätter des Springer-Konzerns, ebenso wie die FAZ, Rheinischer Merkur und DIE ZEIT sprachen von einem bedrohlichen Angriff auf die Pressefreiheit, der mit allen Mitteln abzuwehren sei. Ob der Plan, die Zentren der Manipulation, vor allem, nachdem die Konsequenzen ihrer sublimen Gewalt in Form eines quasipolitischen Attentats: „Dutschke war mir unsympathisch, weil er Kommunist ist", manifestiert worden war, für einen Tag von ihren Opfern, den Konsumenten, abzuschneiden, als Angriff auf die Pressefreiheit hingestellt werden kann, dürfte immerhin noch fraglich sein.

Die klassische Definition der Pressefreiheit ist als eine negatorische Freiheit von staatlichen Eingriffen bestimmt. Heute, bei der wechselseitigen Durchdringung von Staat und Gesellschaft, steht freilich die öffentliche Aufgabe der politischen Presse im Vordergrund. Erst aufgrund dieser Aufgabe werden ihr nachfolgend Freiheiten garantiert. Im Verlauf dieses Prozesses ist die klassische Meinungsfreiheit der Individuen von den publizistischen Institutionen abhängig geworden, sie selbst hat damit den Charakter eines liberalen Grundrechts eingebüßt.

Gibt dieser Tatbestand für die sogenannten Intelligenzblätter Grund genug zur Kritik, die Bildung einer genuin demokratischen Öffentlichkeit, weil die sozialstrukturellen Voraussetzungen für ein kritisch räsonierendes Publikum kaum noch gegeben ist, so trifft dies erst recht und vor allem auf die manipulative Presse zu, auf eine Presse, die vom Anpassungsjournalismus geprägt, nach Hans Dieter Müller, dem Autor von „Der Springer-Konzern – Eine kritische Studie", konsum-faschistische Züge trägt. Für diese Blätter, die nachweislich die tägliche Enteignung des Bewußtseins der Menschen vollziehen, die Pressefreiheit zu beschwören, klingt wie Hohn und ist zynisch gegen jene gerichtet, die den Menschen erst wieder in ihre Rechte einsetzen wollen: ihnen zu ermöglichen, eigene gesellschaftliche Interessen zu erkennen. Eben weil diese Ziele studentischer Opposition, Aufklärung der Menschen, autonome Verwirklichung ihres Lebens, permanet entstellt werden, ist diese Reaktion auf den Springer-Konzern erfolgt, die selbst nur Ohnmacht dokumentieren kann, weil die Studenten den Verblendungszusammenhang, in dem die Menschen stehen, allein nicht durchbrechen können. Es gilt allerdings zu erkennen, daß die Entstellung politischer Ziele nicht allein der Böswilligkeit bedenkenloser Journalisten anzurechnen ist, sondern vielmehr strukturell dem rigorosen Anpassungsjournalismus innewohnt. Die von der BILD-Zeitung produzierte Schein-Öffentlichkeit nivelliert alles auf der Ebene des human-interest, aus dem Rezept der Konsum-Steigerung wird das der politischen Demagogie. Ihr entspricht die Stilisierung von Führern („Rädelsführer der Unruhen") ebenso wie sie die theoretische Argumentation der Studenten vernachlässigen muß. So wurde im pseudo-öffentlichen Bewußtsein Dutschke zum Aggressions-Objekt gemacht, was in der Bevölkerung als „Dutschke – Volksfeind Nr. 1" plakativ wiederkehrte. So wurden die politischen Aktionen der Studenten zu einer Reihe von Krawallen und Happenings, deren Motivation bestenfalls noch im Psychologischen gesucht, viel eher jedoch als eine Art „jungakademischer Wohlstandskriminalität" diffamiert werden konnte. Die Gründe studentischer Unruhe werden allenfalls noch tangiert, wenn es ausschließlich um die Hochschulreform geht. Aufklärerische Intentionen, die auf Veränderung sowohl der Verhältnisse als auch des Bewußtseins drängen, sind manipulativ nicht zu realisieren, sie selbst setzen das, was sie fordern, im Ansatz voraus: eine Ich-Bildung, die die Unlust von Kritik tolerieren kann. Das aber wird den Menschen in dieser Gesellschaft immer noch systematisch verweigert. Einen Ausweg aus diesem Zirkel der irrationalen Rationalität zu finden, glaubt sich die studentische Opposition nahe: die negative Erfahrung, die diese Gesellschaft ihr stets und immer aufs neue liefert, verstärkt ihre Anstrengungen. Daß der Angriff auf den Springer-Konzern weit über ihn als solchen hinausreicht, ist in einem ironischen Sinn zutreffend. Die gesellschaftliche Analyse nimmt uns die Naivität, zu glauben, ein Sinneswandel Axel Springers zugunsten der Studenten und ihrer politischen Vorstellungen ließe alles gut werden. Sein Konzern und dessen Produkte sind lediglich Signatur für die politische Substanz einer kaum noch auf ihre Formalien Rücksicht nehmenden Herrschaftsapparatur. Wer die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik nicht wie Bundeskanzler Kiesinger und Axel C. Springer am Beispiel des „Dritten Reiches" mißt – und dies nicht nur aufgrund von Generationsunterschieden –, dürfte ähnlich den Studenten zu gleich radikalen Ergebnissen kommen, was Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik betrifft. Pressefreiheit wird zwar nicht zu einer Freiheit von der Presse, wie Spengler noch prophezeite, aber zumindest zu einer Freiheit von der Springer-Presse.

Peter Münder

„Wir schießen zurück!"

„Studenten drohen: Wir schießen zurück. Kurz zuvor hatten radikale Studenten BILD-Berlin telefonisch angekündigt: Wenn die Polizei noch einmal auf uns schießt, werden wir zurückfeuern. Wir sind schon dabei, uns zunächst Gaspistolen zu beschaffen."
BILD, 5. 6. 1967

Jetzt geht es nicht mehr um „Restauration", zur Debatte steht nicht mehr eine „unflexible" Koalitionsregierung. Es geht nun um Gemeingefährlichkeit. Gemeingefährlich ist der Springer-Konzern und gemeingefährlich ist diese Bundesregierung geworden, die den Einsatz von Bundesgrenzschutz, das Verbot des SDS und eine Änderung der Strafprozeßordnung erwägt, um Demonstranten bei „Wiederholungsgefahr" verhaften zu können. In Springerzeitungen wird gefragt, wann die Polizei denn endlich mit wirkungsvolleren Waffen ausgerüstet werde. Vorgeschlagen wird u. a. ein Spray, der Demonstranten für eine halbe Stunde blind macht. Es geht nicht um die Unfähigkeit dieser Regierung, lebenswichtige Probleme zu erkennen. Dieses Koalitionsregime w e i g e r t sich, entscheidende Probleme zur Kenntnis zu nehmen. Herr Wehner kürt den SDS-Spitzel Wetzel zum Staatssekretär, obwohl dieser wegen eben dieser Spitzelei seines alten Amtes enthoben war. Straußens „Bayern-Kurier" will „den eingeschüchterten Richtern und Staatsanwälten mit der gesamten Autorität der Vertretung des Volkes beizuspringen" versuchen.

Lückes Nachfolger wird uns NATO-Notstandspläne bescheren, mit deren Hilfe wir dann endlich eine offizielle Bonner Regierungs-Mafia haben werden, der es nicht schwer fallen dürfte, die Berliner Mafia Schütz-Neubauer-Prill noch zu übertrumpfen. „Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten" hieß Sonnemanns 1963 erschienenes Buch, in dem damals schon zu lesen war — vor fünf Jahren also: „Das Ereignis der Revolution, im Leben eines Volkes nichts anderes als was im Leben des einzelnen das Ereignis der Reifung ist: dies normale und notwendige Wagnis kann, in und von Deutschland, nicht zu lange mehr hinausgeschoben werden. Es gibt, abermals wie in der Lebensgeschichte der Person, auch in der Geschichte eines Volkes einen Punkt, jenseits dessen sein Versäumnis zu einem Verhängnis wird, das keine noch so rebellische Generation dann widerrufen, wiedergutmachen könnte. Dieser Punkt ist ... nahe; die Zeit, den Umsturz einzuleiten, reif. Sie wartet, wortlos wartend, auf die Reifen." [1])

Die Frage muß gestellt werden, ob dieses Verhängnis, „das keine noch so rebellische Generation dann widerrufen, wiedergutmachen könnte", nicht schon längst über uns hereingebrochen ist. Seit dem 2. Juni 1967 müßten wir wissen, daß die Zumutbarkeiten tatsächlich unbegrenzt sind, daß der permanente Notstand hierzulande keine Utopie ist. Statt der überfälligen Selbstkritik in Koalitions-, Polizei- und Springerkreisen erschallt der bekannte Ruf nach „Ordnung"; „schärfer durchgreifen" heißt die ur-deutsche Devise. „Die Terroraktionen, deren Ende nicht abzusehen ist, zwingen die WELT nicht dazu, ihre Einstellung gegenüber der Unruhe an den Universitäten zu überprüfen", heißt es in der WELT vom 20. April. Es kann jetzt schon mit einiger Sicherheit prophezeit werden, daß man sich in Bonn schon deshalb mit dem „Ausmerzen" oder „schärfen Durchgreifen" beschäftigen wird, um der NPD Wind aus den nationalen Segeln zu nehmen.

Wir Studenten, der „immatrikulierte, mobilisierte Mob" also, sollten wissen, daß die Trias Notstandskoalition-Polizei-Springerkonzern nicht im luftleeren Raum operiert. Springers Minoritätenhetze hat überall in der Bevölkerung große Resonanz gefunden; diese Hetze wurde eben schon vorbereitet, als BILD-Leser Adenauer noch Bundeskanzler war. Unter Adenauer, dem starken Mann, der Ordnung schaffte, ohne sich dabei um juristische Komplikationen kümmern zu müssen, wurde das WELT-BILD unerträglicher Schwarz-Weiß-Malerei zur politischen Maxime: Kritik wurde damals schon landesverräterisch und wenn sie es nicht war, wurde sie dazu „gemacht". Springers Zeitungen haben sich ausschließlich darauf konzentriert, aus kritischen Beobachtern dieses Notstands-Paradieses Landesverräter zu machen; wobei dieser terminus substituiert wird durch andere, die das deutsche Blut noch kräftiger in Wallung bringen: „Jung-Rote", „FU-Chinesen", „Abziehbild des häßlichen Pekinger Originals" heißen die neunationalistischen Wort-Prägungen, die dann regelmäßig in Leserbriefen an Springers Blätter wieder auftauchen. Wir fordern die „Entflechtung" des Springer-Konzerns; wir reden von „Enteignung" und sind uns der eigenen Ohnmacht bewußt, dieses Vorhaben irgendwie beeinflussen zu können. Es ist durchaus möglich, daß, sollte es zur Bildung einer neuen „Kommission" kommen, welche die Auswirkungen der Pressekonzentration zu untersuchen hat, Axel Springer diesmal nicht in diese Kommission berufen wird — man wird dann mit Christian Kracht vorliebnehmen, weil Herr Springer so etwas „unappetitlich" finden würde.

Trotz der Einsicht, daß von uns praktizierte gewaltlose Demonstrationen zum Vorwand genommen werden, den Notstand ausrufen zu können, ist Resignation nicht am Platz. „Es gibt in einer Demokratie das Widerstandsrecht, und wir müssen uns überlegen, ob wir in einer Situation sind, wo die Frage des Widerstands ernsthaft gestellt werden muß," sagte Rechtsanwalt Mahler auf dem Kongreß in Hannover [2]). Nun, wo wir es nicht dabei bewenden ließen, die Frage nach dem Widerstand einfach zu stellen, jetzt, wo wir ihn tatsächlich praktizieren und der Studentenschaft allgemein das Recht auf Widerstand abgesprochen wird, sollte man zu der Einsicht gelangen, daß die Bezeichnung „Demokratie" einfach obsolet geworden ist in diesem Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten. Wir werden fortfahren in unserem Widerstand, wir werden fortfahren müssen, wenn wir verhindern wollen, daß kritische Studenten nach Verabschiedung der Notstandsgesetze auf Sträflingsinseln in der Nordsee mit Polizeiknüppeln weiter traktiert werden sollen.

———

1) Ulrich Sonnemann: Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten; Reinbek 1963, S. 289.

2) Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover, Voltaire Flugschrift 12, Berlin 1967, S. 104.

Wolfgang E. Bolz

Dank an
Professor Weichmann

Ein persönliches Wort von Genosse zu Genosse

Die Besorgnis unter unseren Politikern datiert nicht erst vom Karfreitag.

Schon am Ende des vergangenen Jahres hat sich unser Stadtoberhaupt der studentischen Probleme angenommen und – leider bis jetzt geheim –, uns einen Ausweg aus der verhängnisvollen Eskalation von Radikalismus und Gewalt gewiesen.

Kommilitonen, für uns alle kommt es doch darauf an, Erreichtes zu erhalten und an unserem schönen Staat konstruktiv mitzubauen. Herr Prof. Weichmann hat deshalb nur allzu recht, jegliche Kritik zu verurteilen. Für die Uneinsichtigkeit des größten Teils der Studentenschaft spricht nun, daß sie auf diese Verurteilung der Kritik wiederum mit Kritik antwortet.

Professor Weichmann hat in seiner unermüdlichen Sorge ein Mittel ersonnen, um der umsichgreifenden Unruhe Einhalt zu gebieten. Wieder einmal hat er sich um seine Stadt verdient gemacht und hat das rechte (!) Wort zur rechten Zeit gesprochen – leider vorerst unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Deshalb fühle ich mich als SPD-Mitglied und als Student verpflichtet, zu diesem Zeitpunkt auf die Lösung Bürgermeister Weichmanns aufmerksam zu machen und ihn gegen unverdiente Angriffe der nach falsch verstandener Demokratie rufenden Studenten in Schutz zu nehmen.

Dies ist um so notwendiger, als einige seltsame Gestalten mit Bärten – ich zögere, sie Kommilitonen zu nennen –, und erschreckenderweise auch anständige (!) Studenten in letzter Zeit versucht haben, mir meinen Glauben an die Weisheit der Entscheidungen meiner Partei-Oberen madig zu machen und ich manchmal sogar Anzeichen des Zweifels an mir selbst entdecke.

Das klärende Wort unseres teils klugen und teils demokratischen Bürgermeisters betraf die politische Bildungsarbeit. Allzu häufig ist sie mißverstanden worden als Erziehung zum selbstverantwortlichen kompetenten politischen Urteil des mündigen Staatsbürgers. Dieses Mißverständnis ist vor allem in der Studentenschaft weit verbreitet, was nicht verwunderlich ist, wenn man bedenkt, daß beispielsweise Prof. Hausmann, der Senatsbeauftragte für politische Bildung an der Universität Hamburg, bedauerlicherweise der Überzeugung ist, „daß nicht der Konsensus sondern der Dissens das wesentliche Merkmal des Politischen überhaupt sei". Offenbar gehört dieser Gelehrte zu der glücklicherweise kleinen Schar von Hochschullehrern, die die Studenten verunsichern, indem sie sie zur Abkehr von fraglosen Geglaubtheiten veranlassen wollen. Professor Weichmann hat nun klargestellt, „daß politische Bildung darin bestände, nicht in erster Linie Information zu vermitteln, sondern eine gewisse Heranführung des jungen Menschen an den bestehenden Staat im Sinne einer staatsbürgerlichen Erziehung zum verantwortungsbewußten und aufgeschlossenen Staatsbürger zu betreiben".

An sich ist schon diese Neudefinition der politischen Bewußtseinsbildung ein Verdienst um die Wissenschaft. Darüber hinaus beweist die Tatsache, daß in der Demokratie, die Prof. Weichmann meint, nur die ehrenwertesten und intelligentesten Bürger Politiker werden können, daß Kritik völlig überflüssig ist. Oder wie soll man sich erklären, daß u. a. folgende Persönlichkeiten des Hamburger politischen Lebens sich die obige Äußerung unseres Herrn Bürgermeisters widerspruchslos anhörten?:

Senator Drexelius, Senatorin Keilhack, Staatsrat Fahning, Frau Fera (CDU), Dr. Frankenfeld (FDP), A. Höhne (DGB), H. Kalbitzer (SPD), Dr. Witten (CDU) und die Herren Zahn, Meissner, Merzyn und Dr. Tormin.

Denjenigen Studenten, die wie Prof. Weichmann und ein wachsender Teil der SPD wieder deutsch fühlen und denken, ist seit langem bekannt, daß sich die Wissenschaft schwer tut. Die einfachsten Zusammenhänge werden von ihr durch angeblich differenzierte Betrachtungsweise derart kompliziert, daß die loyalen Studenten und staatstragenden Politiker sie nicht mehr zu verstehen imstande sind. Prof. Weichmann dagegen hat nun vorbildlich der Wissenschaft vorexerziert, wie man das an sich komplizierte Problem der Studentenunruhen monokausal erklärt. Es wäre zu begrüßen, wenn die Hamburger Professoren dieses Vorgehen ebenfalls anwendeten, weil die Studenten es dann um vieles leichter hätten. Prof. Weichmann ist „recht besorgt über die Unruhe unter den Studenten und (fragt) sich, ob die Mittel des Senatsausschusses in der Vergangenheit richtig eingesetzt worden (sind). Wäre dies der Fall gewesen, dann dürften die Unruhen zum mindesten nicht so umfassend sein und nicht diese Formen angenommen haben".

Die Unruhen an den Universitäten sind also eine Wirkung der politischen Bildungsarbeit und Herrn Prof. Weichmann scheint es, „als ob hier ein Tropfen Öl auf ein wildes Meer gegossen werde und daß auch die Verdoppelung der Mittel für die politische Bildung keine Beruhigung bringen könne, denn die aus dem Programm des Senatsausschusses zu erschließende Auffassung von politischer Bildung (ist) offensichtlich nicht geeignet, diese Unruhe in der Studentenschaft zu dämpfen".

Wenn die Erhöhung der Mittel für die politische Bildung keine Beruhigung der Studenten herbeiführt, so muß man umgekehrt verfahren und diese kürzen. So wurde es denn auch gehandhabt.
Den Studenten wurde in den letzten Tagen und Wochen schlagend bewiesen, daß es ungehörig ist, Kritik zu üben. Obwohl es Nachteile haben könnte, möchte ich auf eine Konsequenz hinweisen. Da die politische Bildungsarbeit die Ursache für die Studentenunruhen ist, wäre es nur konsequent, diese gänzlich einzustellen.

Das Faszinierende an der Persönlichkeit Prof. Weichmanns ist, daß er keine Gelegenheit ausläßt, seine scharfe Intelligenz zu beweisen, denn „es (ist) daher durchaus nicht ausgeschlossen, daß bei späteren Verhandlungen in der Bürgerschaft die ganze politische Bildungsarbeit an der Universität noch einmal geprüft werden müßte und dann nochmalige Kürzungen vorgenommen werden könnten".

Die Studenten wissen nun endlich aus kompetenter Quelle, woher ihre Unruhe rührt. Kommilitonen, stellt Proteste und Kritik ein, wenn Bürgermeister Weichmann die politische Bildungsarbeit einstellt!

Und unsere Professoren sollten sich ernsthaft fragen, ob es ihnen nur ein einziges Mal gelungen ist, ein Problem mit so wenigen Worten und so kleinem intellektuellen Aufwand völlig transparent zu machen.

Noch ein persönliches Wort von Genosse zu Genosse: Lieber Herbert, jeder Mensch wird mal alt! Auch Du wirst nicht mehr lange Hamburgs Geschicke lenken können. Es wird ein harter Schlag für uns sein, wenn wir von Deinem Abschied von der Politik erfahren. Für mich und alle rechten (!) Deutschen bist Du ein Gewährsmann dafür, daß wir uns trotz der besorgniserregenden Zeitläufe darauf verlassen können, daß unsere politischen Führungsgremien sich nicht mehr ablösen lassen. Laß Dich von keinen Kritikern davon abhalten, zu tun, was Du als rechter Deutscher für richtig hältst!

Der Wurm in der Borcke - oder Germanistik im Schneider

Ein Filmspiegel für Ordinarien*

Der von der exklusiven Versammlung Hamburger Germanisten und Literaturwissenschaftler zusammengestellte Veranstaltungskalender für diese Sommer-Saison birgt für die zahlreichen Anhänger deutscher Kulturpflege wieder einige ausgesprochene Knüller: Angesichts dieses Programms fragt man sich, wo von der vielbesprochenen Misere des Hamburger Kulturlebens noch die Rede sein kann.

Niekerken präsentiert den Hamburger Kassenschlager „Lautgeschichtliche Grundbegriffe der deutschen Philologie" in ununterbrochener Reihenfolge bereits zum 12. Mal (soweit meine Archive reichen) und übertrifft damit sogar die Laufzeit des Films „Vom Winde verweht" (ermäßigte Eintrittspreise für Rentner). Die großen Kinos bieten zahlreiche Uraufführungen erfolgreicher Beatseller unter dem Reihentitel „Die Ahnen": Mit Schneider als Hauptdarsteller kommt der alte Klopstock zur Wiederaufführung (WS 63/64, jetzt auch als Buch erhältlich für Liebhaber), Nicolai arrangiert wieder seinen Lessing (SS 65) und ebenfalls ein Comeback feiert die Schiller-Dichterlesung Sir Adolfs (WS 63/64).

Hamburg präsentiert also ein Festival der großen Deutschen im Rückspiegel Gundolfs und Georges, eine Bildergalerie der deutschen Literatur auf ihrem Höhepunkt (für Sammler werden die Stars am Ende des Festivals eine Autogrammstunde geben).

Bei Borck findet in dieser Saison der Lumpenball statt unter dem Motto „Die deutsche Versgeschichte", mit dem das Vermächtnis des emeritierten Pretzel weitergeführt wird (SS 64). In den Hamburger Nicht-Aktuellen-Kinos laufen seit nunmehr 20 Jahren in ununterbrochener Reihenfolge immer noch die drei germanischen Familienromane. Die Stammbäume der gotischen, althochdeutschen und mittelhochdeutschen Buddenbrooks sind der besseren Übersicht halber in Göschens Kinoführer an der Theaterkasse erhältlich. Wer sich darüber wundert, daß diese Non-stop-Revuen einer tausendjährigen Familientradition immer noch so gut besucht werden, sollte sich bei der Direktion der Propagandaabteilung erkundigen, die ihren Lieblingskindern das Prädikat „besonders dringend zu besuchen" verliehen hat.

Im Theater des Ostens, Inszenierung Burkhardt, wird „Das Alibi" gegeben (Untertitel: Junges Deutschland) — ein politisches Feigenblatt der bekenntnismüden, formbastelnden l'art pour l'art Richtung Hamburger Filmer.

Im Theater des Okzidents, Inszenierung Worstbrock, soll ein mediaevistisches Happening veranstaltet werden — ein Tranquillizer für die popsüchtige Jugend. Beide Veranstaltungen, für die Avantgarde gedacht, werden in selbstloser und dankenswerter Weise von den Arrivierten subventioniert.

Etwas außerhalb am Rande des Festivals werden die Veranstalter des Hamburger Marionettentheaters ihre mentoralen Kindervorstellungen abhalten, die den Zweck haben, den Zuschauern den fundamentalen Unterschied zwischen Spaß beim Spiel und Ernst des Lebens deutlich werden zu lassen.

Zusammenfassend läßt sich also nur Lobenswertes vom Programm des Festivals berichten. — In der Terminologie der Marktwirtschaft: Endlich hat man einen Weg gefunden, Ladenhüter zu überteuerten Preisen doch noch abzustoßen, indem sich das Angebot nicht mehr nach der Nachfrage zu richten braucht; die schleichende Inflation wird durch den genialen Trick vermieden, daß einfach kein neues Geld mehr ausgegeben wird. Der einzige Nachteil ist, daß auf diese Weise die alten Scheine allmählich abgegriffen werden. Indes sitzen die Ordinarien da wie die Zwillinge der großen Koalition: Sie sparen, damit die anderen sich nicht verausgaben können.

Wir brauchen nur zu warten: die nächste Wiederholung kommt bestimmt.

R. Winter

*) Diese Rezension ist polemisch und nimmt keine Rücksicht auf feinsinnige Bedenken oder zarte Gefühle — die Betroffenen mögen sich beleidigt fühlen.

HINTS FOR DISCUSSION

„Das Argument", Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, hat im Doppelheft Nummer 45 zum Thema: Dritte Welt und Opposition im Spätkapitalismus. Darin sind u. a. Beiträge von Herbert Marcuse: Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition, von Wolfgang Abendroth zur Analyse Marcuses und von Karl Theodor Schuon über Fanons Lehre von der befreienden Gewalt enthalten.

*

Eine mögliche Strategie für eine außerparlamentarische Oppositionsbewegung zu entwickeln, wird in dem soeben als rororo-aktuell erschienen Taschenbuch: „Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition" von Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefevre und Bernd Rabehl versucht.

*

Ein Aufsatz, der die „Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 67/68" wiedergibt, ist von Peter Schütt im Aprilheft der „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlicht worden.

*

In der Reihe „Luchterhands Loseblatt-Lyrik 10" lassen Born, Delius, Haufs, Loschütz und Ziem den denkwürdigen 21. Februar 1968, die Freiheitskundgebung, zu der der Berliner Senat aufgerufen hatte, eindringlich zu Wort kommmen. Die zugrundegelegten Texte sind authentisch; von Augenzeugen, die ihre Verwunderung über die Veranstaltung handfest zu spüren bekamen. Nach dem Attentat auf Dutschke ist diese Sammlung von unerhörter Aktualität.

*

Einen knappen, aber informativen Überblick zur studentischen Opposition gibt Jürgen Jeziorowski: „Studenten im Aufbruch. Motive — Methoden — Modelle". Jeziorowski kennt sich aus; er ist verantwortlich für die Presse- und Informationsstelle der ESG im Bereich der BRD und West-Berlins.

WAR IS PEACE

Zur Ideologie der Friedfertigkeit des Westens

„DDR"
Helmut Schmidt
„Quantula parva intelligentia mundus regitur"
Oxenstierna

I

Organisierte Friedlosigkeit

Seit Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht" ist die „Kontinuität des Irrtums" deutscher Politik wieder ins Blickfeld gerückt. Sie wird durch die hierzulande produzierten Drohsysteme militär-politischer Art und durch den neuen Typ eines zivilen Militarismus illustriert. Laut Quincy Wright[1]) gehört ja die BRD zu den politisch nicht-saturierten Staaten. Aus dem gleichen politischen Grund — durch eine habgierige Investierung von Gewalt — hat Deutschland nachgerade zweimal die Minimalisierung seines Machtbereiches erzeugt. Beide Male aber hat es auch die Bildung von neuen „avulsa imperii" nicht der eigenen, sondern fremder Schuld angelastet. Läßt sich nicht schon heute wieder in der bundesrepublikanischen Meditation über den Frieden (Picht/Weizsäcker) oder über den Krieg (Strauß / Schmidt / Guttenberg / Hassel) nachweisen, daß die Gewalt noch immer als sinnvolles Instrument der Politik auftritt? Sicher, der traditionellen Identifizierung von Gewalt und Krieg galt es den Abschied zu geben. „Der" Krieg als konformer Akt der Gewalt hat die A-Waffen nicht überlebt; die politische Gewalt hat sich heute daher nicht nur in die Sektoren atomar/subatomar unterteilt, sondern sie vegetiert auch in einem ganzen Spektrum von Droh- und Einflußakten, von militärischen, ökonomischen und diplomatischen Schritten — immer überdacht von dem Baldachin einsatzbereiter nuklearer Waffensysteme.

Im Schwange des Kalten Krieges wurde auch Bonn als militärischer Phönix wieder akut. Trotz Art. 25/26 GG[2]) trotz harmonisierender Friedensofferten läuft die Tätigkeit des Bonner Staates von Anbeginn auf eine möglichst handliche Synchronisation von Politik und Gewalt hinaus; ihr ist endlich auch die militärische Adaption an die Bedingungen des Atomzeitalters gelungen — auf die Helmut Schmidt seit 1960 drängt —, sie wird zum perfekten „crisis management". Die Diplomatie der eigenen Machtstabilisierung aktualisiert eine wachsende Instabilität für den Kontrahenten, Angriff scheint noch immer die beste Verteidigung. Die deutschen strategischen Analysen jonglieren dauernd mit der These eines „machbaren Friedens", aber sie bedienen sich dabei der Tastatur des Krieges! Politisch gesehen ist das durchaus konsequent. Da Gewalt Wesen der *eigenen* Politik bleibt, muß im Gefüge der egoistischen Friedensmythik der Grund für die applizierte Gewalt dem Gegner angekreidet werden, dem nun systematisch und nicht mehr historisch schuld für die eigene Misere gegeben wird. Der Gegner wird zur Zwangsneurose der eigenen Politik.

Seit 1949 treibt der Bonner Staat mit diesem Denkkarussell ein politisches „brinkmanship" [3]) — nur die Formen seiner politischen Aggressivität wechselten. Obschon das Phänomen der Abrüstung auch in der BRD als Element der Politik diskutiert wird, taucht Friede als Aufgabe der eigenen Aggressivität nicht am Horizont dieser Meditation auf. Abrüstung wird zur Gewaltstabilisierung. Der „Kampf dem Atomtod" dient heute dem Machiavellismus, weil er unbedingte Voraussetzung der eigenen Seinssicherung ist.

In diesem Gefüge artikulierte Oskar Morgenstern den höchsten Grad üblicher Friedenserwartungen: Er spekuliert nur noch auf eine „technische Verunmöglichung des Krieges". [4])

Die propagierte „Abwesenheit des Krieges" (als Friede) durch gegenseitige Abschreckung bleibt aber instabil und kriegerisch; sie bietet keinen Ausweg aus der einbrechenden Verdunkelung menschlicher Politik. Die Aporien der Haltung J. F. Kennedys, der als erster im Westen die Militärpolitik transparent machte, der eine Kommunikation mit dem „Gegner" herstellte — zugleich aber die größte Aufrüstung der neueren US-Geschichte durchführte und einen erbitterten Kampf (von Kuba bis Laos) gegen die Befreiungsbewegungen initiierte, zeigen daher akkurat die engen Grenzen des bürgerlichen Friedensdenkens. Die Vielfalt der wirklichen Bewegung der Weltpolitik wird subsumiert unter die Titel freiheitlich (kapitalistisch) und unfreiheitlich-unfriedlich (kommunistisch) — und alle Schritte der „Unfreiheitlichkeit" (Revolten/Bürgerkriege/coup d'états) werden willkürlich dem Zentrum Moskau angekreidet. [5])

II

Moskauer Modell

Obschon auch der sowjetische Kommunismus — als ein Trauma der Interventionsepochen (1917—1921/1941—1945) — noch ein verhältnismäßig dichotomisches Weltpolitikbild vertritt, wird hier doch immerhin der Friede konkreter definiert. Vor allem ist schon seit eh und je deutlich: daß Friede nicht durch Krieg (durch retardierende Gewalt) geschaffen werden kann! Friede, so sieht es die Theorie vor, setzt gerade die Schaffung gesellschaftlicher Gerechtigkeit voraus. Insofern spricht die Politik der friedlichen Koexistenz von einer Symbiose verschiedener Gesellschaftssysteme — aber von der Unvereinbarkeit verschiedener Klassen (Fedosejew).

Während bisher die bürgerliche Nicht-Kriegs-qua-Friedensvision extern und intern auf eine Zementierung von Gewalt als Mittel der Politik hinarbeitet, hat der Sozialismus zweiphasig eine friedliche Friedenskonzeption entwickelt. Zum einen hat er prinzipiell den Krieg als *zwischenstaatlichen* Vorgang ad acta gelegt und zielt durch *Wettbewerb* auf eine Infragestellung der brüchigen kapitalistischen Rationalität; zum anderen bildet der Sozialismus als modus accelerandi die einzige gesellschaftspolitische Matrix, die der Dritten Welt heute noch aus ihrer ökonomischen Misere heraushelfen kann. [6]) Global gesehen soll dadurch auch der Prozeß der

Forts. S. 11

Forts. v. S. 10

Enteignung der Gewaltinstrumente im Kapitalismus in Gang gesetzt werden, weil in einer sozialistischen Umwelt nur noch eine „kalte Sozialisierung", d. h. auch eine politische Umfunktionierung den Zusammenbruch dieser Staaten verhindern könnte. Wie gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Produktionsform die Gesellschaftsform des ancien régimes stürzte, weil ihre Verkehrsformen obsolet geworden waren, so wird jetzt der die Möglichkeiten des Industrialismus nur klassenhaft nutzende Kapitalismus fallen. [7])

III

Wehrhafte Politik

1961 erschien von Helmut Schmidt „Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO".

1965 ließ der Verfasser das Buch fast unverändert wieder auflegen. [8]) Er modernisierte im Grunde nur die nicht stattfindende Debatte über „Wehrfragen" in der BRD.

Erich Fromm hat drei Arten eines, wie es heißt, „pathological thinking"[9]) bei außenpolitischen (also auch militärpolitischen) Entscheidungen isoliert. Er spricht von paranoidem, projektivem und fanatischem Denken. Dieter Senghaas hat diesen Katalog erweitert, indem er das possibilistische, präjudizierte und un-empirische Argumentieren hinzusetzte. [10]) Im Gefüge deutscher Illusionen, auf der Bühne deutscher Traditionen steht auch Schmidts Militärmodell unter dem Duktus dieses Fehlverhaltens. Seine Aussagen ritualisieren politische Leerformeln als praktikable politische Konstanten. Ergebnis: ein Potpourri systematischer Lehrsätze, die sich einer Falsifikation geschickt entziehen.

Das militärpolitische Denken in der BRD, das Schmidt nur verarbeitet, läßt sich allein durchbrechen, wenn seine pragmatischen Widersprüche erkannt und historisch aufgehellt werden. Das kann im folgenden nur umrißhaft geschehen.

Das fanatische Element

Betrachtet man einige Aussagen Schmidts über den Gesamtzusammenhang der „Feindaktivität", so wird deutlich, daß wir es hier mit im Eigentlichen unpolitischen Floskeln zu tun haben.

Hier findet sich der Glaube an eine kommunistische Weltorganisation, den „von der SU gesteuerten Weltkommunismus" (S. 60), der „nicht nur objektiv, sondern auch seinem Selbstverständnis nach aggressiv und revolutionär" sein soll (a. a. O.). In dieser mundialen Verschwörung ist eo ipso „der andere" der Böse, die eigenen Schritte scheinen gerechtfertigt; wir erleben eine Verengung des Denkens, die Schmidt ironischerweise der SU vorwirft. (S. 60). Also notiert Schmidt: „Letzten Endes ist die kommunistische Propaganda der Friedlichen Koexistenz ... Teil einer übergeordneten ... Strategie. (...) Sie ist tatsächlich viel eher eine Politik „am Rande des Krieges" als ... die amerikanische Außenpolitik (S. 61). ... Aktuell füllt der Vietnamkrieg ... (die) amerikanische Denkkapazität aus. Das ist ... im europäischen Interesse sogar wünschenswert ... Solidarität", so fährt Schmidt drohend fort, „kann schließlich nicht einseitig gefordert werden". (S. XIII)

In einer nicht mehr reflektierten Anabasis gegen die „Feinde der Freiheit", welche freischwebend Motor der eigenen Handlungen sein soll, ist der zum Feind deklarierte Antagonist immer für alles verantwortlich. So hat etwa bei Schmidt die DDR schuld an der Stärkepolitik der BRD, denn „wir brauchen Beharrlichkeit ... und Gelassenheit, wenn wir Ost-Berlin von seinem Kollisionskurs abbringen wollen" (11). Der autistische Fanatismus dieser Aussage lagert in einem hehren Selbstbild. Im Feld einer „geistigen und psychologischen Schlacht gegen den Kommunismus" (146 f.) stehen wir „einer säkularen Herausforderung gegenüber" (S. 147); „wir brauchen ein unerschütterlich in der Tiefe der Seelen wurzelndes Bewußtsein von der sittlichen Überlegenheit des freien Geistes in einer demokratischen Ordnung" (S. 249). Militärisch gestaltet sich dieser Kampf nach Schmidt gefährlich, denn „die NATO hat sich auf den falschen Krieg vorbereitet" (S. 134). Aber in der „Abwehr einer ideologischen Infiltration" (S. 137) besteht Hoffnung auf Sieg, denn die „überlegene Ratio und Effektivität der Institution des Marktes" (S. 141), die „Überlegenheit der geistigen Grundlagen und ökonomischen Leistungsfähigkeit" (S. 145) des Westens wird die Oberhand gewinnen, vor allem, wenn wir „die gemeinsamen geistigen Grundlagen und die religiösen Bindungen des Westens in unser aller Bewußtsein heben" (S. 139). Wir müssen die „Auseinandersetzung mit dem Kommunismus aggressiv führen" (S. 139), denn „im Westen herrscht eine bunte Vielfalt kontroverser Ideologien, die ... einem ideologischen Vakuum gleichkommt. Dies Vakuum aber ist ein hervorragender Boden der kommunistischen Aggression" (S. 149).

Das fanatische Element der Deduktionen Schmidts resultiert aus einem Verlust aller Kontrollmechanismen des politischen Denkens; die Sezierung der eigenen „Analyse" unterbleibt, die Reflexion bleibt unreflektiert. Gerade auf Schmidt trifft somit zu, was er dem Kommunismus vorwirft: „Diese Ideologie (hat) eine die Religion ersetzende Funktion." (S. 138)

Der possibilistische Zug

Die von Schmidt vorgetragene Militärtheorie verliert im Grunde ihren Feind; sie macht sich nur noch ein Bild von ihm. Schmidt artikuliert: „Die Strategien ... müssen einem kontinuierlichen System entsprechen, die unter Vermeidung von Lücken vom Kalten Krieg bis zum allgemeinen totalen Krieg reichen" (S. 215). Der Feind und seine Motive und vor al-

Forts. S. 12

Forts. v. S. 11

lem auch die provokante Wirkung der eigenen Schritte bleiben unkommunikativ und isoliert, weswegen das zum Objekt der Politik erklärte Gegenüber in ein Netz militärischer Verhaltensschemata gesperrt wird, das für jeden Schritt des Opponenten einen Gegenzug bereit hält, aber einen Zug, der im eigenen Schema präjudiziert ist und sich nicht mehr aus der Analyse der Impulse „des anderen" ergibt.

Die Irrationalität einer hilflosen Eskalation unvermittelter Gegenzüge ist sofort einsichtig, ihre Gefahr liegt auf der Hand. Ihr Theoretiker ist Hermann Kahn[11]) — von Schmidt verehrt —, der den Handlungsraum der Politik abschafft und ihn durch ein militärpolitisches Maginotsystem ersetzt: Jeder Schritt des Gegners löst irgendwelche „strip wire" aus, die Geschütze in Stellung bringen.

Es wird einsichtig, daß diese militärische Welt keine offene Politik mehr erlaubt, vor allem keine Politik, die diese machtmäßigen Automatismen korrigieren könnte: Selbst der „Anschein der Verminderung der sowjetischen Aggressivität" (S. XX) ist besonders aggressiv, weil er die Schlagkraft der NATO lähmt.

Die politische Logik der Atomwaffen gilt für den Feind einfach nicht, sonst fiele ja die Ratio der eigenen Machtposition fort; deswegen überdeckt konstant der Possibilismus eines Angriffs (S. 66) dessen Probabilität.

IV

Realitätslose Realität

George Orwell hat diese Mentalität als „double think" bezeichnet. Er schreibt, „That means holding two contradictory beliefs in one's mind and accepting both of them." Diese ambivalente Fähigkeit demonstriert Schmidt in vielen zentralen Aussagen. So wird z. B. aus der verheerenden Wirkung der A-Waffen gefolgert, daß der Krieg an sich obsolet geworden sei; gleichzeitig wird aber nicht nur ein Haufen perfekter Schattenrisse „des nächsten Krieges" (Bernhardi) entworfen, sondern wird auch die abstrakte Einsicht in bezug auf die SU durch ein „falsches Bewußtsein" (Engels) getilgt. Die Außenpolitik der „in-group" tritt an sich legitim auf, Widerstände werden als aggressiv verketzert.

Besonders gefährlich ist aber: die geglaubte Aggressivität der politischen „out-group" wird real, wenn meine Reaktionsweise die Reaktion des Opponenten ersetzt! Ein Denkdialog findet ja, wie dargestellt, nur intern statt, Subjekt und Objekt militärpolitischer Meditationen fallen zusammen. Aus dieser Haltung ergeben sich gewisse praktische Folgen.

Oberstes Ziel deutscher Politik sei die Wiedervereinigung, die Herstellung eines „geschlossenen Siedlungsgebietes" (S. 210). Drohend fügt Schmidt hinzu: „Aus der Spaltung kann ein Konflikt entstehen" (S. 207)! Da die Wiedervereinigung das „überragende nationale Ziel" ist (S. 207), wird ein „auf das ganze Volk bezogenes Nationalbewußtsein eine Existenznotwendigkeit". (S. 207). Wenn Schmidt ausführt, wir sollten „eine Rüstungsstruktur (herstellen), die zur Offensive ... ungeeignet ist, gleichwohl aber zur Verteidigung unseres Gebietes unmißverständlich ausreichend ist" (S. 197), liegt die Frage nach dem Bereich dieses zu verteidigenden Gebietes auf dem Tisch.

In der deutschen Militärmeditation werden unter der Hand Verteidigung und Agressivität Synonyma.

„Die Aufrechterhaltung einer abschreckenden Verteidigungsbereitschaft ... ist eine conditio sine qua non für jegliche Politik . . ., die den i n d e r K n e c h t s c h a f t lebenden Teil des Volkes e r l ö s e n und mit uns in gesicherter Freiheit vereinigen soll" (S. 193)! 193)! Obschon Schmidt darauf verweist, ein Krieg in Europa würde zur „Vernichtung der europäischen Bevölkerung" (S. 92) führen, obschon also politische Ziele unmilitärisch erstrebt werden müßten, hält Schmidt im Rahmen einer paranoiden Militärstrategie an der militanten Außenpolitik fest.

Dazu zählt auch, daß die BRD „auf Gedeih und Verderben mit dem Verteidigungssystem des Westens gekoppelt ist" (S. 19, vgl. Welt 29. Jan. 1966, I). Gleichzeitig muß zur Erfüllung der Ansprüche, die dieses System an uns stellt — und zur Ausfechtung der Ansprüche, die wir daran stellen — auch eine innenpolitische Ausrichtung der Nation erfolgen. „Die Frage unserer Existenz als Nation erfordert den Willen zum gemeinsamen Handeln" (S. 250). Kritik am revisionistischen Kurs wird als zersetzend hingestellt. „Das geteilte Volk der Deutschen steht abermals vor einer schweren Bewährungsprobe. Wer das erkennt, kann nicht zulassen, daß wir uns im freien Teil Deutschlands in Streitigkeiten von nachgeordneter Bedeutung verlieren und dadurch die Kraft unseres Selbstbehauptungswillens schwächen." (S. XXXI). Daraus ergibt sich dann der Ruf nach einer weiteren Militarisierung der Politik, „das Militär ist noch nicht voll in die Gesamtmaschinerie der Staatsführung integriert" (S. 14).

Schmidts Wille zur Synchronisation von Politik und Militärpolitik („die Existenz der nuklearen Bomben hat ja bisher den Krieg noch nicht unmöglich gemacht", S. 240) gipfelt in folgenden Satz: „Die endgültige Integration des Militärischen in den geistigen und politischen Gesamtzusammenhang unseres Bewußtseins, die endgültige Integration unserer Soldaten in die Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn endlich die aus der jüngeren deutschen Geschichte tradierte und in den letzten 10 Jahren teilweise restaurierte Tabuisierung des Militärischen abgebaut wird" (S. XXIII). [13])

Im Gewebe der politischen Aussagen Schmidts verliert diese Forderung ihre schillernde Bedeutung — sie wird klar: Sicher, eine rabiate nukleare Parforcepolitik ist abzulehnen, aber unter der Notwendigkeit einer Revision des II. Weltkrieges muß Militärpolitik Ersatz für Verhandlungen werden. Die eigene außenpolitische Militanz wird zugleich auf den Feind projiziert und rechtfertigt dann alle Schritte zur Militarisierung der eigenen Gesellschaft in einem „warfare state" (F. J. Cook). War is peace (Orwell)! Die kriegerischen Maßnahmen garantieren angeblich nicht nur den Zustand der Abwesenheit von Krieg, sondern sollen „in the long run" auch den Sieg „der Freiheit" über die kommunistische Herausforderung sichern. Die folgende These Schmidts wirkt vor diesem Hintergrund nicht einmal ironisch:

„Nicht immer entstehen Kriege aus Verbrechen, häufig entstehen sie aus Dummheit, häufig entstehen sie auch aus der Unfähigkeit leitender Staatsmänner, über ihre Schatten zu springen." [14])

Anmerkungen

1) A Study of War, Chicago/London [2]1965, 1539
2) vgl. dazu Wolfgang Abendroth: Das Grundgesetz, Pfullingen 1966, 60 f
3) etwa Quincy Wright: American Policy toward Russia, WORLD POLITICS II (1950), 463 ff
4) Strategie — heute, Frankfurt 1962, 312
5) vgl. etwa Erich Fromm: May Man Prevail? An Inquiry into the Facts and Fictions of Foreign Policy, New York [2]1964, 17 ff
6) dazu auch neuerdings von bürgerlicher Seite I. L. Horowitz: Three Worlds of Development. The Theory and Practice of International Stratification, New York 1966, 333 ff
7) vgl. Peter Heß: Monopole, Staat und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts im gegenwärtigen Kapitalismus, in: Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus, Frankfurt 1967, 17 ff
8) Seewald-Verlag, Stuttgart. Danach wird im folgenden zitiert.
9) vgl. Anm. G, 25 f
10) Kritik der Abschreckung. Ein Beitrag zu einer Theorie der internationalen Politik, Diss. Frankfurt 1967
11) On Escalation. Metaphors and Scenarios, New York 1965
12) vgl. dazu B. von Bonin: Abrechnung mit einem Monstrum, BLÄTTER 12 (1967), 1301 f
13) vgl. dazu K-G. von Hase: „Mir will scheinen, daß die Bundeswehr . . . noch nicht die Stellung hat, die ihr in unserem öffentlichen Leben und Bewußtsein zukommt. (. . .) Eines können wir, . . . unseren Soldaten . . ., für ihre Leistung den Platz geben, den wir ihnen schuldig sind, auch im Blick . . . auf die Zukunft." (5. 1. 1968, BULLETIN 3 (1968), 19 f). Vgl. S. G. Papcke: Antikommunismus — Militarismus — NPD, in MARXISTISCHE BLÄTTER 3 (1967), 12–20
14) Das geistige Profil der SPD (Tatsachen-Argumente, Bonn 1965), 21

Reginald Lark

VON DER
GEWALT

Ausbeutung bedarf stets der Gewalt.

Diese Gewalt ist so einfach, weil ihre Gestalt mythisch, naturwüchsig und urtümlich ist. Theorie, die den Stellenwert, den Gewalt für das, was sie begreift, nicht reflektiert, verfällt der Illusion, sie könne gewaltlos sich verwirklichen. Das unreflektierte Verhältnis zur Gewalt oder gar der Pazifismus einer Theorie zeigt an, daß Gewalt ihr nicht als bedenkenswert erscheint und sie selbst durch die herrschende gedeckt ist. Solche Theorie ist niemals revolutionär, und selbst dann, wenn sie Revolution intendiert, bleibt sie de facto apologetisch. Sie impliziert qua Theorie nicht die Notwendigkeit ihrer Verwirklichung, bedarf also auch außer der herrschenden keiner neuartigen, ihr eigentümlichen Gewalt. Praktisch ist solcherart Ideensystem nicht einfach Theorie, sondern theoretische Theorie, d. h. Ideologie.

Terror ist die erscheinende Gewalt, die viele Formen hat: Polizei-, Erziehungs-, Bomben- und Prüfungsterror sind die gängigen Schrecken, deren sich die Herrschenden bedienen. Der Terror, um seine apologetische Wirkung zu entfalten, muß als Allgemeines und somit Wahres sich behaupten und den terrorisierten Klassen blind wie die Gerechtigkeit erscheinen. Seine Mittel reichen vom lizensierten Massenmord bis zum diffizilen Ideologie-Terror akademischer Kollegs. Alle Aufklärung ist Gegenterror, zunächst bloß intellektueller. Aufklärender Gegenterror hebt an als Dekadenzphänomen des Überbaues, als kreischender Mißton in der mythisch prästabilierten Harmonie des allgemeinen Ideologie-Terrors.

Ist die Dekadenz ihrer selbst bewußt geworden, wird sie zum revolutionären Gedanken verschärft, der sich dann zur Theorie systematisiert. Solche Theorie bleibt akademisch und apologetisch, solange sie im theoretischen Selbstverständnis bei Theorie sich bescheiden kann und umwälzende Praxis nicht zur notwendigen Bedingung ihres Theorie-Seins gehört. Theorie, die keine konkreten Möglichkeiten aufklärenden Gegenterrors aufzeigt, ist nicht gewaltig, sondern gewalttätig, ist nicht revolutionär, sondern konservierende Ideologie. Gegenterror hat zu zielen auf die Symbole der Herrschaft und die Transmissionsriemen ihrer Gewalt, er richtet sich also gegen bestimmte Menschen und bestimmte Objekte, er muß, soll der blinde Terror gebrochen und der allgemeine Schrekken vor der herrschenden Gewalt aufgehoben werden, als gegen den Terror irrationaler Herrschaft gerichteter Spezialterror im höchsten Grade selektiv sein.

Wie die materielle Gewalt nur durch materielle Gewalt zu stürzen ist, so die geistige Gewalt nur durch geistige Gewalt. Gegenterror durchbricht den ideologischen Bann, der den objektiven Schrekken der Herrschaft zum individuellen Leiden romantisiert. Noch als materieller schafft Gegenterror Alternativen, die Voraussetzungen der Geistesfreiheit.

Massenmedien sind in der kapitalistischen Gesellschaft nicht Mittel der Massen, miteinander zu kommunizieren, sondern Mittel der Herrschenden, die Massen medial verfügbar zu halten. Der gelenkten Dumpfheit des Volkes, seiner beschleunigten technologischen Verdummung eignet historisch ein progressives Moment. Die permanente Umdummung der Massen durch die Herrschaftsmedien von Presse, Funk und Film, die alte Ideologeme oder sogenannte Tabus laufend exdoktrinieren, um neue zu indoktrinieren, ist die industrialisierte Erscheinungsform der antiken Skepsis. Skeptizismus erfüllt sich in der Karikatur seiner selbst und produziert aus dem Vermittlungsgewebe poly-ideologischer Umdummungen eine neue Unmittelbarkeit, die, verwechselt sie sich mit der Ursprünglichkeit der Vorzeit, in die Barbarei eines Blubo absinkt, aber auch, falls sie ihrer Herkunft eingedenk bleibt, revolutionäre Potenz in sich trägt.

> „Als gewaltsam sollen ... alle diejenigen Aktionen bezeichnet werden, in deren Verlauf (von den Aufständischen) Personen festgehalten, verletzt oder getötet werden, in deren Verlauf nicht legal den Aufständischen gehörige Güter beschädigt oder zerstört werden, oder durch deren Auswirkung die Ausübung lebensnotwendiger Dienstleistungen oder die Herstellung und Verteilung lebensnotwendiger Güter verhindert wird."
>
> Theodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg; Verlag Rombach, Freiburg im Breisgau, S. 26.

Die politische Apathie der proletischen Massen in den westlichen Industrieländern ist solange ein realitätsgerechtes Verhalten, wie Theorie keinen geschichtsträchtigen Gegenterror artikuliert, der sich an die Massen wendet und ihnen demonstriert, wie sie in ihrer unmittelbaren Lebenssphäre gegenüber der bürgerlichen Machtelite und deren kleinbürgerlichen Handlangern in ökonomischen und intellektuellen Vorteil sich setzen können, der gleichzeitig eine Kampfweise gegen die kapitalistische Gesellschaft ist, eine Taktik, die negative Sanktionen des bürgerlichen Privatstaates und seiner juristischen Hiwis unterläuft.

Bevölkerung, das auf seinen Tauschwert heruntergebrachte Volk, ist Masse im LeBon'schen Sinne, Explosion der standard-normalverteilten Zahl, die per definitionem gegen ihre Extremwerte sich faschistisch verhält, sie eleminiert. Konkrete Massen des Volkes aber, die revolutionäre Theorie erreichen könnte, sind stets Minderheiten.

Wolf Walter

„Zionisten" machen sit-ins

Ein Bericht über die Studentenrebellion in Polen

Einer der Menschen, auf die man mit angewiderter Bewunderung schaut, ist jener Leitartikler der „Welt" mit dem Lore-Roman-Namen, Walden oder v. Walden oder so. Man vergißt derartig banale Pseudonyme so schnell. Entschuldigung! Abgezählte drei Stunden nach dem Attentat auf Dutschke räsonierte dieser Herr aus der „Welt" in Radio Bremen gegen den „Mordanschlag" als „Mittel des politischen Kampfes". Dutschke trieb seine Christus-Parodie nicht so weit, am Karfreitag zu sterben. Daß er noch lebt, verdankt er jenem Herrn nicht: Noch vor kurzem hatte dieser behauptet, die Berliner Studenten demonstrieren für die gleiche Sache, gegen die ihre Warschauer und Prager Kommilitonen auftraten, und es sei mehr ein Zufall, daß man in Berlin nicht „No-No-Novotny" riefe. In Westberlin, so mußte der gelernte Springer-Konsument schließen, müßte man nur die Studiker machen lassen, um eines schönen Morgens vom heiseren Organ Walter Ulbrichts geweckt zu werden. Ein Leser ging offensichtlich noch weiter auf dem Wege zur Endlösung der Studenten-Frage.

Ostthema – Westthema

Wenn Leute wie der genannte Herr die polnischen Studenten an die Brust drükken, hat man Hemmungen, zum gleichen Thema noch etwas zu sagen: Kann nicht jedes weitere Wort den Kommilitonen aus Warschau und Krakau schaden? Oder kann ein bißchen präzisierte Aufmerksamkeit deren Absichten unterstützen? Eine kurze Chronologie wird wohl das beste sein.

Was geschah in Warschau? Am Anfang eigentlich nicht viel: Das Warschauer Nationaltheater spielte seit dem 25. November 1967 die „Totenfeier" des Goethe-Zeitgenossen Adam Mickiewicz – ein Stück, das jeder polnische Schüler dank schulischer Pflichtlektüre in- und auswendig kennt. Am 30. Januar 1968 wurde das Stück nach 13 Aufführungen wieder abgesetzt. Der Grund war der demonstrative Beifall, den das Publikum an einigen antirussischen Stellen gespendet hatte und der in der letzten Vorstellung (bei der das Verbot schon ausgesprochen war) zu besonderer Stärke schwoll. Am Abend des 30. Januar demonstrierten etwa 200 Jugendliche vom Theater zum Denkmal des Dichters, um gegen das Verbot zu protestieren – 50 von ihnen wurden verhaftet, einige „Rädelsführer" mehrere Tage in Gewahrsam gehalten.

Als Anfang Februar zwei weitere Stücke in Warschau verboten wurden und der Verfasser des einen (ein Musical, das die Spitzen von Partei und Staat mit scharfem Spötterzahn benagte) zu drei Jahren Haft verdonnert wurde, muckten die Warschauer Schriftsteller auf. Eine Sitzung der Warschauer Sektion des Schriftstellerverbandes wurde am 29. Februar mit einer Resolution beendet, in der von „willkürlicher Handhabung und Beurteilung des Kulturschaffens" die Rede war.

Inzwischen wurden die Studenten Michnik und Szlajfer (der Sohn des obersten Zensors Polens) von der Universität geworfen. Beide waren seit Jahren als Teilnehmer an „anarchistisch-politischen Handlungen" einschlägig bekannt. Das und die Verbote der Dramen führte am 8. und 9. März zu den größten Protest-Demonstrationen, die Polen seit 1956 erlebt hat. 3000 waren es am 8., 5000 am 9., die erst nach betont brutalem Vorgehen der Miliz, bei dem eine Studentin ihr Leben ließ, zerstreut werden konnten. Die Studenten marschierten unter Losungen wie „Freiheit" und „Demokratie". Die gegen sie antretende Miliz bedachten sie mit dem Kosenamen „Gestapo".

Demonstrationen, Polizei – man kennt das auch anderswo. Doch es geht hier nicht um Analogien – mit einer Ausnahme: der überall gleichen Dummheit, die sich in der Presse niederschlägt. Auch in Warschau sahen sich die Studenten als „kleine Gruppen mit politischen Ambitionen" abkonterfeit, die gegen die demonstrierten, die schließlich ihr Studium bezahlten usw. usw. Die Studenten taten das einzig Richtige: Sie verbrannten Exemplare der Zeitungen.

Und wieder die Juden?

TRYBUNA LUDU, das Organ der regierenden „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei", übernahm es, in die Kampagne gegen die Studenten einen besonders abstoßenden Zug zu bringen: Sie zählte Demonstrationsteilnehmer auf und suchte sich dafür solche mit jüdischen Namen aus. Das war das Signal: Eintönig leierte der Chor polnischer Zeitungen die Mär von den „Zionisten" nach, die die Intelligenz des Landes unterwandert hätten.

Am 11. März ging die Auseinandersetzung in die nächste, scherbenreiche Runde: Dutzende Verwundeter, 300 Festnahmen (davon 30 Studenten), demolierte Läden und Kinos. Am gleichen und am folgenden Tag kam es auch in Krakau, Poznan und Lublin zu Protest- und Solidaritätskundgebungen für die Warschauer Studenten. Auch hier erkannten lokale Parteigrößen „Imperialistenknechte und Zionisten" am Werk. Auch Bonner Agenten wurden gesichtet und hinter den ganzen Unruhen ein deutsch-israelisches Kom-

plott vermutet. „Ferngesteuerte" aller Länder, vereinigt Euch!

Der 14. März brachte in Wroclaw und Lodz Demonstrationen und Verhaftungen. In Warschau versuchten die Studenten am 15. März, dem Rektor eine Resolution zu überreichen. Dessen wegwerfende Ablehnung nahmen sie zum Anlaß eines Vorlesungsstreiks, der bis zum 18. dauerte. Eine für das Ende vorgesehene Diskussion mit Professoren und Parteifunktionären sah zwar 3000 Studenten, aber keinen der sonst eingeladenen Teilnehmer.

Im ganzen Lande griff in diesen Tagen eine hysterische Kampagne gegen „Zionismus" und „dekadente Schriftsteller" um sich, hinter der eine Gruppe um den Innenminister Moczar, einen ehemaligen Partisanenführer und extremen Nationalisten, stand. In dieser Situation griff Gomulka ein, den bislang eine gemeinsame Abneigung gegen Intellektuelle mit Moczar verbunden hatte, der nun aber eine neue Welle von Säuberungen und Prozessen anrollen sah. Vor 3000 Zuhörern und laufenden Fernsehkameras sprach er am Abend des 19. März im Warschauer Kulturpalast. Trotz zahlreicher Zwischenrufe „Zionisten 'raus!" warnte er davor, eine angebliche „zionistische Verschwörung" als Hauptgefahr anzusehen. Gäbe es im Lande Zionisten, so stünde ihnen die Ausreise frei.

Im Anschluß an die Übertragung dieser Rede kam es in Krakau zu Diskussionen zwischen Studenten und Professoren, die vor neuen Demonstrationen warnten, um weitere „Massaker" der Miliz zu verhüten. Doch nichts gegen „Massaker": Immerhin hatten sie am 18. März einen Solidaritätsstreik der Arbeiter des Stahlwerks „Nowa Huta" bewirkt (112 Verletzte, teilweise durch die Bisse eigens eingesetzer Hunde).

Schon in den Tagen vor Gomulkas Rede war es in Krakau zu Vorlesungsstreiks und sit-ins gekommen. Am 15. März blieben alle Studenten der vier Krakauer Hochschulen (Jagiellonische Universität, Wirtschaftshochschule, Bergbauakademie und Hochschule für Körperkultur) dem Lehrbetrieb fern — teilweise im Schneidersitz auf den Korridoren. („Okkupationsstreik" nennt man das dort.) Aus Solidarität mit den Krakauern veranstalteten die Studenten der Warschauer Universität und des Polytechnikums vom 21. bis 23. März ein sit-in. Nach dem 20. März wurden auch aus Wroclaw, Lodz, Gdansk und Szczecin sit-ins gemeldet.

In Warschau wurden im Zusammenhang mit den sit-ins rund 200 Studenten festgenommen. Für andere hatte sich die Regierung eine besondere Repressalie ausgedacht: Sie wurden mitten im Semester zu Reserveübungen in die Armee eingezogen — Übungen, die sonst nur in den Ferien stattfinden.

Relegationen

Am 25. März wurden auch die Hochschullehrer Gegenstand offizieller Aufmerksamkeit, was für sechs von ihnen, darunter der im Westen bekannte L. Kolakowski, die Entlassung bedeutete. „Durch die Umwandlung ihrer Universitätsämter in Zentren einer politischen Opposition" hätten sie die „Initiatoren der letzten Exzesse gegen den Staat" begünstigt. Die „Initiatoren" wurden vor weiteren „illegalen" Treffen gewarnt.

Ungeachtet dieser Warnungen forderten am 28. März rund 2000 Warschauer Studenten die Wiedereinsetzung der Entlassenen und die Freilassung der eingesperrten und Wehrübungen machenden Kommilitonen. Daneben soll es in Warschau kleine aktive Gruppen geben, die weitere Protestaktionen vorbereiten. TRYBUNA LUDU drohte am gleichen Tag ganz im Stil eines westdeutschen Sechsmillionen-Blattes: „Ernst und fest müssen wir sagen: Stopp! Wir haben genug von den Versammlungen!" Wer ist wir? Sind Studenten überall Parias? BILD-Leser fordern . . . auch in Warschau? Dort jedenfalls haben ihre Forderungen Erfolg: Rektor Turski relegierte 34 Studenten und suspendierte weitere 11. Im übrigen wurde in zahlreichen Disziplinen der Philosophie, Soziologie, Ökonomie und Mathematik der gesamte Lehrbetrieb ausgesetzt und neue Registrierungen der Studenten ausgeschrieben. Auch diese sind nicht bereit aufzugeben; Ende April läuft das Ultimatum ab, das sie Universität und Behörden zur Rücknahme der getroffenen Maßnahmen gestellt haben. Passiert nichts, sind neue Studentenproteste zu erwarten. Viel Glück, Warschauer Kommilitonen!

NEWS & CURIOSA

„Die den Umsturz der Gesellschaft anstrebende Minderheit, die unüberlegt und blind ihren Führern folgt (A. C. Springer), vermag sehr wohl im Gegensatz zu Polizei und Springerpresse, die nach dem Motto agieren „mitgefangen, mitgehangen", Unterschiede zu sehen. Denn die Demonstranten vor dem Springerhochhaus in Berlin schoben, bevor sie die Auslieferungswagen anzündeten, erst die in der Nähe des Tatortes geparkten Privatautos der Arbeitnehmer Springers beiseite, um sie vor Schaden zu bewahren. Wer mag da noch von Revolution sprechen?

*

Der Student H. H. wurde in Hamburg von Bauarbeitern mit dem Hinweis ermahnt, „Wenn Du auch zu denen (den Demonstranten) gehörst, setzt es was." Das Berliner Motto „Ich schlage jeden in die Fresse, der sich nicht demokratisch benimmt", also auch hier.

*

Dr. Frenzel, Polizeipräsident: „Es galt der Pressefreiheit Genüge zu tun, damit die Bürger, die eine Zeitung lesen wollten, auch in den Genuß der Zeitung kommen." Wenn hier mit einer Polizeiaktion ein sehr wesentliches Merkmal der Pressefreiheit Frenzelscher Prägung verteidigt werden sollte, taucht die Frage auf, ob auch bei der Besetzung der Redaktion des 'Spiegel' die Verwirklichung von Momenten der Pressefreiheit im Blickfeld blieb.

*

Studenten demonstrieren nicht nur, sie arbeiten — auch bei Springer. z. B. als Fahrer. „Wir bekamen jeder einen Schutzhelm, eine Tränengasbrille und einen vierkantigen Gummiknüppel mit", berichtete einer der sechs studierenden Aushilfschauffeure. „Außerdem 30 DM und eine Vitaminzuwendung in Form von Obst." (Wie die Polizisten.) Der Demonstrant Dietmar Schmidt jedoch wurde von einem der beiden regulären Fahrer mit dem Wagen überrollt.

NEWS & CURIOSA

STUDIEN-VERFÜHRER

Rezension des Hamburger Studienführers

Es entstand „im Einvernehmen von Rektor, Universitätssenat und Fakultäten, den Organen der Studentenschaft sowie im Zusammenwirken mit den Einrichtungen, die die Universität in ihren wesentlichen Aufgaben etwa in ihrer Gesamtheit darstellen", der Studienführer der Universität Hamburg, Verlag: Lütcke & Wulff, 5. Aufl. 1967.

Viele Köche verderben den Brei; danach sieht es auf den 228 redaktionellen Seiten auch aus. Das Rektorat hingegen bescheinigt ihm zum Geleit „angemessene Form".

Die Unzahl von geistigen Urhebern — kaum ein Professor mit Rang und Namen fehlt — hat denn auch nichts anderes vermocht, als die Zusammenschusterung einer akademischen Nabelschau mit (hier trivial rekapituliertem) Impetus: „Schaut her, Ihr lieben Studienanfängerlein, für Euch haben wir das feine Buch gemacht, damit Ihr seht, wie fleißig wir, die Hüter der Wissenschaft, sind. Ihr könnt hier eine ganze Menge Fächer studieren. Ihr könnt uns glauben, daß wir den Laden kennen. Und wenn Ihr auch schön fleißig seid, die Prüfungsordnungen befolgt und das Eigentliche der Dinge zu sehen lernt, mal in diesen Studienführer guckt, dann wird schon alles gutgehen. Und die Allerbesten von Euch lassen wir dann promovieren und wenn Ihr dann immer noch schön artig seid und nicht in die Industrie abgewandert seid, dann könnt Ihr auch die Universitätslaufbahn betreten."

So einfach ist das alles. Für die Freilegung von Textfeinheiten genügt ein Hauptseminar für Studienanfänger.

Im Konkreten erfährt man Sätze wie: „Die Physik nimmt in immer stärkerem Maße eine Schlüsselstellung innerhalb der Naturwissenschaften ein." Wer hätte das gedacht? Oder: „Da die Reflexion auf Sinn, Ergebnisse und Methoden der Einzelwissenschaften zu den Aufgaben der Philosophie gehört, ist eine gründliche ... Vertrautheit ...". Oder: „Wer sich zum Studium der Kunstgeschichte entschließt, muß Empfänglichkeit für die Werte der bildenden Kunst mit der Fähigkeit zu wissenschaftlichem Denken vereinen." Von solchen Trivialitäten lebt das halbe Buch. Die andere Hälfte nützlicher Details wird in solchen Weisheiten fast begraben.

Leidliche Frühformen eines Studienplanes tauchen nur bei den Medizinern und den Physikern auf. Die übrigen Einfälle finden in so genialen Hinweisen ihre Realisierung wie: Man solle doch bitteschön sich auf die Anschläge in den Seminaren oder sonstwo verlassen oder man solle doch einmal zur Studienberatung die Dozenten aufsuchen. Die stünden immer freundlich und hilfsbereit zur Verfügung. Wer schon unfreundliche Dozenten, inkompetente u. a. Menschen erlebt hat, und sich die verschiedensten Meinungen zu so einer Simplizitas wie dem Studienplan angehört hat, der dürfte aus voller Brust einen solchen Rat nur geben können, wenn er keine Ahnung hat.

Am Ende des Werkes ist noch einmal eine Übersichtstabelle. In diesem Opus tauchen interessante Differenzen zwischen Mindeststudienzeit und durchschnittlicher Studiendauer auf. Die Erklärung dafür sollte man eigentlich auf den übrigen Seiten finden. Aber ach.

Es fehlten Zahlen über Professoren pro Student, Assistenten pro Student, sonstige personelle Durchschnittszahlen. Es fehlen Zahlen über Arbeitsplätze in Laboratorien, in Bibliotheken, in Seminaren. Es fehlen Zahlen über Räumlichkeiten und es fehlen Zahlen über Planungen. Es gibt kaum Angaben über Bibliotheken spezieller Natur, schon gar nichts ist über die Zahl von Bücherbeständen zu erfahren. Eine solche Liste ist beliebig zu verlängern. Insgesamt dürfte aber zu vermerken sein, daß solche Auskünfte sehr wohl dazu geeignet sein könnten, dem Abiturienten aus dem Bayerischen Wald zu vermelden, ob es sich für ihn lohnt, in Hamburg seine Studien zu führen.

Auf Seite 31 steht Bemerkenswertes: „Wer bereit ist, zu lügen oder etwas von der Wahrheit zu verschweigen oder zu vertuschen, wo man erwarten würde, daß er offen und ehrlich alles vollständig darlegt, der gehört nicht zu der geistigen Gemeinschaft der Wissenschaft, auch wenn er über noch so reiches Wissen ... verfügte." Da der Studienführer nun einmal zur Universität gehört, sollte er sich auch daran halten.

Richard E. Otto

Erinnerungen an die KU beim Besuch der Londoner Anti-University

Tobias Strunk
Peter Münder

„Die Gründung der Anti-Universität ist die Antwort auf den intellektuellen Bankrott und die geistige Leere des Bildungsestablishments sowohl in Großbritannien als auch in der übrigen westlichen Welt", so heißt es einleitend im Programm der Anti-University London. Fast wörtlich hatte es 3 Jahre zuvor im Programm der Free University New York geheißen: ... „als Antwort auf den intellektuellen Bankrott und die geistige Leere des amerikanischen Bildungs-Establishments."

Die Ähnlichkeit kommt nicht von ungefähr. Vom New Yorker Gründerteam eilten Allen Krebs und Joseph H. Berke als Organisatoren nach London, wo die Anti-Universität im Februar ihre Türen öffnete. – Beziehungsweise nur die eine Tür, denn das Gebäude 49, Rivington Street, London EC 2, ist ein schmales Eckhaus in einer langen Reihe von Lagerhäusern, Eigentum der Bertrand Russell Peace Foundation. Die Anti-Uni mietete es mit den Studiengeldern ihrer Teilnehmer (Gebühren mindestens 80,– DM im Quartal).

Vier Räume und der Keller stehen zur Verfügung, in einem weiteren Raum findet man Telefon, Kinder, Nescafé und Sessel. Überall Zettelwände mit Seminarankündigungen und Terminen. Die Lektoren kommen abends ab 18 Uhr für zweistündige Kurse, abgesehen von den Wochenend-Dauersitzungen mancher Poeten.

An erster Stelle im Programm steht die politische und psychologische Bewußtseinserweiterung. Ein Seminar beschäftigt sich mit der „Beziehung zwischen Kriminalität, Regierung und Wirtschaft" andere Themen sind „Soziologie und Weltrevolution", „Psychologie und Religion", „Anti-Institutionen", „Untergrund-Kommunikationstheorie" und „Literatur und politisches Engagement" u. a. Das Zuhören lohnt sich immer. Wenn z. B. der Psychologe R. D. Laing einen langen speech über Mythos und Psychologie hält, dann reichen die engen Räume der Anti-Uni nicht für die 200 Zuhörer, man geht in den Clubraum des pubs nebenan.

Für deutsche Verhältnisse erstaunlich ist die Ungezwungenheit, mit der diskutiert wird. Es gibt kein geistiges Hacken-Zusammenschlagen vor dem Dozenten; nicht selten wird dieser gar beim Vornamen genannt. Man setzt sich, wo gerade Platz ist: auf den Boden, auf Tische und mitunter auch auf einen Stuhl.

Es ist die Londoner Subkultur, aus der die Anti-Uni lebt. Der vielzitierte „underground' mit seinem underground-film und den Zeitungen (OZ und it beispielsweise) gibt einen anderen Hintergrund ab als Berliner Mauer, Große Koalition und Intellektualismus. Bei alledem fehlen die Fronten, die in der BRD den Lebensnerv der KU bilden: Die Grenzen zum Establishment sind in London eher fließend: Michael Kustow z. B. kommt in die Rivington Street nur, sooft ihm sein „Institute of Contemporary Arts" Zeit läßt. Hier steht auch keine Reflexion über die etablierte Universität auf dem Programm; mit erstaunlicher Indifferenz werden Begriffe wie Manipulation und Repression erörtert. Es fehlt die harte Wand, an der sich die Fäuste hart schlügen. Besucher vom SDS, die zur Vietnam-Demonstration am 17. März nach London kamen, fragten recht verwundert, warum man die Demonstration nicht in der Anti-Uni vorbereitet habe. Planende Versammlung und know-how der Teilnehmer gab es nicht. Und die Demonstranten waren ebenso verwundert wie ganz London, daß es zu harten Zusammenstößen zwischen berittener Polizei und den ersten Reihen der Menge am Grosvenor Square kam.

Für solche politischen Aktionen ist die Anti-Uni wenig um Vermittlung von Theorie und Praxis bemüht. Pluralistisch gibt sich die Fakultät: Künstler, black power, Studentenführer. Wollen die einen, nach einem Ausspruch von Alex Trocchine, nicht Brücken und Regierungsviertel besetzen, sondern das menschliche Bewußtsein in ganzer Breite verändern, so fragt die Black-power-Bewegung, – mit Ogi Egbuna, einem Mitglied des „Lehrkörpers" – wann endlich die linke Opposition der Weißen nicht mehr ausschließlich zusehen wolle, advokatenhaft beifällig auf die Schultern klopfend. Die Pflicht des Revolutionärs ist es ...

Doch beide Anschauungen stehen friedlich gegeneinander, es gibt keinen Streit, die Anti-Uni ist selbstgenügsam. Der Name ist eigentlich unpassend, besteht doch die Anti-Position lediglich darin, daß die Untergrund-Universität das Establishment rechts liegen läßt. Sie befriedigt das akademische Wühlen im Untergrund; rund 30 Studierende wühlen mit. Man ist mit dieser Resonanz zufrieden und will keinen größeren Kreis ansprechen. – „Our little university" würde beinahe besser passen. Ob es der Anti-University gelingt, den kleinen Zirkel der „Wissenden" zu vergrößern, ohne faule Kompromisse eingehen zu müssen?

Jedenfalls hat sie mehr Lebenschancen als die KU. Die diversen Kritischen Universitäten stehen und fallen mit der Bewegung unter den Studenten; sie sind außerdem weniger gesichert durch gute Lektoren.

Ob sie beim reinen Widerspruch zur bestehenden Universität verharren werden? Oder ob sie sich davon freimachen werden wie die Londoner Anti-Universität? Ob eine entstehende Subkultur ihr einen neuen breiteren Hintergrund geben wird?

Ohne diesen Hintergrund orientieren sich Theorie und Praxis der KU zu sehr an der wissenschaftlichen und politischen Sphäre. Vielleicht könnte sie von der Anti-Uni lernen, wo eine echte Alternative zur üblichen Erziehung zu suchen wäre:

„Sie soll ein praktisches Experiment sein, im Atmen, Schwitzen, Lieben, Wachsen, Sehen, Bauen, Schlafen: Keine Abfolge von Auseinandersetzungen, die dann zu Ende sind, wenn alle Beteiligten alles gesagt haben, was sie zu sagen hatten, das Ende des Geredes ist der Anfang von alternativer Bildung." (Robert Tasher, in „it", Februar 1968).

REZENSIONEN

Klaus Dörner: Die Hochschulpsychiatrie. Sozialpsychiatrischer Beitrag zur Hochschulforschung, Stand und Kritik; 22 DM, Ferdinand Enke Verlag.

Der Aufgabenstellung eines Trend-Report mag es nur teilweise angelastet werden, daß die vom Autor geleistete Kritik der amerikanischen Hochschulpsychiatrie (allein in Amerika konnte sich Hochschulpsychiatrie bisher in nennenswertem Ausmaß etablieren) einen — gemessen am Umfang des Literaturberichts — geringeren Stellenwert einnimmt. Inhaltlich macht Dörners Kritik streckenweise frühzeitig halt, wenn sie unterläßt, die richtige Erkenntnis der ideologischen Funktion amerikanischer Hochschulpsychiatrie mitsamt ihrer „mental health"-Programme einzubinden in die konkrete, d. h. aber auch empirische Analyse von Hochschul- und Gesellschaftsstrukturen, statt diese Zusammenhänge nur allgemein — freilich in kritischer Intention — zu konstatieren. Gerade an diesem Punkt hätte sich ein Trend-Report zwangsläufig ausweiten müssen, auch etwa zu einem Aufgabenkatalog hochschulpsychiatrischer Forschung, zumal ja Dörner versucht, einen Rahmen für eine sich in der Bundesrepublik erst konstituierende Hochschulpsychiatrie zu erstellen, hier aber vornehmlich Gedanken zur Praxis vorträgt. Damit schwächt der Autor aber seine kritisch verstandene Argumentation gegen die Trends in der amerikanischen Hochschulpsychiatrie, insbesondere, wenn die Theorie nur bruchstückhaft bleibt oder entfällt, so etwas wenn Dörner dem Postulat der Persönlichkeitssynthese in der amerikanischen Hochschulpsychiatrie das kritisch-differenzierende Denken, die Intellektualität kritisch gegenüberstellt, ein solange unverbindlicher und lediglich inverser Ansatz, als der Ausweis einer bündigen Theorie der Intellektualität unterbleibt. Für die hochschulpsychiatrische Forschung bleiben somit die theoretischen Determinanten *in extenso* noch zu benennen bzw. zu bestimmen. —sen

H. J. Schoeps / Chr. Dannemann (Hrsg.): Die rebellischen Studenten. Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus? Paperback, 9,80 DM. Bechtle Verlag.

Die Herausgeber, beide Doktoranden der Geschichte, verstehen ihr Buch als ein „Symposion der Argumente". Leider schwimmt es jedoch lediglich auf der Woge einer Konjunktur in Rebellion. Gegenüber den Arbeiten von Kai Hermann (Die Revolte der Studenten) und Jens Hager (Die Rebellen von Berlin) hat es den ganz entscheidenden Nachteil, daß auf jede inhaltliche Konsistenz verzichtet wird.

Die verschiedensten Beiträge sollen die „disparaten Positionen" aufzeigen, wie es im Vorwort der Herausgeber heißt. Im Effekt sind sie aber nur desorientierend; denn die wenig differenzierten Berichte und Kommentare des Großteils der westdeutschen Presse sind kaum dazu angetan, dem Leser, dem das Buch zugedacht ist, die Hintergrundinformation zukommen zu lassen, damit er derlei risikoreiche Niveau-Fälle begreifen kann. Das beziehungslose Zusammenstellen so qualitativ und von der Intention her unterschiedlichen Aufsätze wie z. B. von Neusüß und Zehm, lassen bei den Herausgebern Redlichkeit vermissen. Neusüß schreibt über außerparlamentarische Opposition, macht seine Voraussetzungen, von denen er her argumentiert, explizit und kommt dabei zu einer sehr genauen Bestimmung dessen, warum außerparlamentarische Opposition heute in der BRD notwendig ist, und was ihre Ursachen sind. Zehm fragt maliziös und nur noch rhetorisch, ob es wohl einen „linken Faschismus" gibt. Oppositionelle Studenten sind ihm „Linksfaschisten" (S. 123) und die von Habermas in Hannover vorsichtig als Frage vorgebrachte Formulierung eines „linken Faschismus" wird bei Zehm zu einer „Warnung des Altmarxisten Habermas".

Damit aber täuschen die Herausgeber darüber hinweg, daß von der einen Seite gar nicht mehr argumentiert, sondern nur noch frisiert und geschickt unterstellt wird. Zu der Erkenntnis, daß nämlich der Ansatz dieser Zusammenstellung fehl geht, reicht schließlich der Untertitel des Buches. Er suggeriert eine so hoffnungslos schiefe Alternative, daß man vermuten muß, die Herausgeber selber haben ihr Thema nicht recht verstanden oder aber auf Vorurteile beim Leser spekuliert. -mer

André Gorz: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus res novae Bd. 51, 16,80 DM, Europäische Verlagsanstalt.

Manchem mag Gorz schon durch seinen Beitrag im Handbuch zur Demokratisierung der Hochschulen „Wider die Untertanenfabrik" von Leibfried bekannt sein. Gorz ist Franzose und kann deshalb noch, ohne naiv zu sein, von „Arbeiterbewegung" sprechen; ein Wort, das den Linken der BRD nur noch schwer aussprechbar erscheint. Sein Ansatzpunkt ist bewußt undogmatisch: „Es genügt nicht mehr, vom Sozialismus zu sprechen, als verstehe sich von selbst, das er notwendig ist" (S. 9). Er fragt nach anti-kapitalistischen Lösungen innerhalb des kapitalistischen Systems. Dem liegt die Einsicht zugrunde, daß der Moment plötzlicher revolutionärer Aktion unwiderruflich vorbei ist. So entwickelt Gorz eine interessante Theorie der „revolutionären Reform", die, als Strukturreform verstanden, nicht das herrschende System rationalisiert, sondern bestehende Machtverhältnisse verändert. Die Strukturreform soll von denen durchgeführt oder kontrolliert werden, die sie fordern. Das ist ihr revolutionärer Sinn. Somit werden neue demokratische Machtzentren gebildet: seien es die Verwaltung, die Betriebe oder die Universitäten. Immer geht mit dieser Art Reform eine Differenzierung und Dezentralisierung der Entscheidungsmacht einher. Sie bedeutet Restriktion staatlicher oder monopolistischer Macht und damit Erweiterung der Macht der Menschen über ihr eigenes Schicksal. —

Ein Buch, das für die Diskussion der deutschen Situation wichtige Anregungen zu geben vermag.

-l

Siegfried Bernfeld: Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung; Theorie 2,10 DM, Suhrkamp Verlag

Bernfeld, neben Wilhelm Reich wohl der einzige marxistische Psychoanalytiker der 20er Jahre, deckt nach eingehender Analyse der Pädagogik, ihres „Mangels an Wissenschaftlichkeit", den ideologischen Rechtfertigungscharakter für die „Tendenzmaßnahmen" (113 ff) der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in der erzieherischen Praxis auf. Er umschreibt 3 Grenzen der Erziehung: eine soziale („Sie bestimmt die Wege der Erziehung" 127), eine psychologische („Die seelischen Konstanten im Erziehungssubjekt", 142, d. h. „der Erzieher steht vor 2 Kindern: dem zu erziehenden vor ihm und dem verdrängten in ihm", (ein Vorgang, den die Psychoanalyse in dem Begriff des ‚Wiederholungszwangs' faßt) und letztlich „nach der gebräuchlichen Anweisung die Erziehbarkeit des Kindes", (143).

Wird die Überwindung der sozialen Grenze erst durch eine gesellschaftliche Strukturänderung ermöglicht, so bleibt die psychologische Grenze so lange bestehen, wie nicht die Erziehung verwissenschaftlicht, die „Unsicherheit einer eindeutigen individuellen Prognose" durch eine „kollektive" Prognose (147) ersetzt wird, d. h. „der Entwurf des Grundrisses des Erziehungswesens unter Verwendung der Erkenntnis, welche die Psychologie über die Kinderseele und ihre Entwicklung, welche die Erziehungswissenschaft über die sozialen Wege der Erziehung vermittelt" erstellt ist (149). Die Voraussetzung für eine derartige „nach dem Kollektiven gerichtete Zielsetzung und Prognostizierung, auf die Totalität der beeinflussenden Faktoren eingestellte Erziehungsgesinnung ist nur in einer sozialistischen Gesellschaft gegeben, ist jedenfalls in einer von der Tendenz der herrschenden Kapitalistengruppen kontrollierten nicht möglich". (150).

-sen-

MARTIN LUTHER KING –

Dirk Hoerder

Attentat auf die Gewaltlosigkeit

„I plan to stand by nonviolence because I have found it to be a philosophy of life that regulates not only my dealings in the struggle for racial justice but also my dealings with people, with my own self. I will still be faithful to nonviolence."

Martin Luther King

Der Träger des Friedensnobelpreises Martin Luther King schrieb dieses Plädoyer für Gewaltlosigkeit kurz vor seinem gewaltsamen Tod.

Gewalt triumphierte über Argumente und stellte die Sinnlosigkeit einer Gesellschaft bloß, in der Menschen nach ihrer Hautfarbe beurteilt werden.

Minuten nach der Bekanntgabe des Mordes an Martin Luther King durch das Fernsehen, stürzte in Minneapolis ein Schwarzer aus seiner Wohnung und erschoß den ersten Weißen, den er sah. Wenige Stunden später hingen riesige Rauchschwaden über mehreren Städten. – „Sie plündern, stehlen und brennen wieder", kommentierten viele Weiße und dahinter stand mitleidslos und verächtlich das Wort „Untermenschen". „Es ist ein Aufstand der Unterdrückten im Namen der Menschlichkeit, die symbolische Vernichtung materieller Güter, das Ende der weißen Herren", interpretierten die Negerführer.

Manche waren bewegt, aufgerüttelt, fühlten die Bedeutung der Ereignisse und die furchtbare Sinnlosigkeit des Mordes. Viele Weiße sahen nur die Folgen und nutzten die Gelegenheit, um ihren Rassismus offen auszusprechen. Die Waffenverkäufer stellten befriedigt fest: „Der Umsatz ist gut!" An Weiße natürlich. Jeder hat ein in der Verfassung verankertes Recht, Waffen zu besitzen. Jeder, hauptsächlich der Weiße, hat ein Recht, seinen Besitz zu verteidigen. Eigentum! „Und das Leben des Schwarzen?" „Unser Eigentum ist gefährdet. Warum benehmen sie sich nicht ordentlich, wie wir." Wie die weiße Mittelklasse. Entfremdung des Habens, sagt Marx. Unterwerfung des Menschen unter die Sache. „Sie sollen sich verhalten wie gute Staatsbürger, wie es sich gehört, ordentlich. Wir sind eine Demokratie, hier herrscht Freiheit."

Fernseh-Sonderbericht: Brennende Geschäfte, „plündernde" Neger. Eine viertel Stunde lang. Unterbrochen nur durch Werbespots, Hinweise auf Reichtum und Wohlstand. Wieder brennende Straßen und plündernde Schwarze. Vor der Kamera muß etwas passieren. Konferenzen von Weißen und Schwarzen, die Kompromisse erarbeiten, um Ausbrüche von Gewalt zu verhindern, werden nicht gezeigt. Sie sind zu ruhig[1]). Dem Sonderbericht des Fernsehens schloß sich ein Kommentar an: „Diese Szenen sind eine Zusammenfassung aus vielen Städten. An ihnen sind in jeder Stadt nur wenige Hundert, selten mehr als tausend beteiligt[2]). Es sieht so aus, als ob Amerika seine Städte niederbrennt. Aber einer Minorität von 12 Prozent (d. h. den Schwarzen) wird dies nicht gelingen."

Soweit die Folgen des Mordes an Martin Luther King. Wie kam es zu dieser Situation? (Zahlen für 1966/67)

- Das Durchschnittseinkommen für Neger ist 42 Prozent niedriger als das von Weißen
- Das Sozialprestige niedriger Einkommensgruppen ist gering und der Abstand wächst
- Die relative Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch für Neger wie für Weiße
- Unter dem „poverty level" (Definition der Social Security Administration) leben 11,9 Prozent der Weißen, aber 40,6 Prozent der Farbigen
- Das Preisniveau in Ghettogebieten ist durchschnittlich 50 Prozent höher als in anderen Vierteln. Hinzu kommt die Ausbeutung durch Ratenzahlungspläne mit überhöhten Zinsen und Gebühren
- Die Wohnungen verfallen, Schulen in Armutsgebieten haben ein wesentlich niedrigeres Niveau als in anderen Vierteln. Nur in einem Punkt haben Schwarze höhere Chancen: 20 Prozent der Gefallenen in Vietnam sind Schwarze (Bevölkerungsanteil 12 Prozent).

Die Änderung dieser ökonomischen und sozialen Zustände im Sinne einer Chancengleichheit bedeutet den Einsatz hoher finanzieller Mittel. Aber die Great Society ist längst ein Opfer des Vietnamkrieges geworden. Dort wird monatlich soviel vergeudet, wie für anti-poverty-Programme jährlich ausgegeben wird. Selbst diese Ausgaben werden weiter gekürzt, weil zusätzliche Mittel für den Krieg benötigt werden. Bereits bewilligte Programme für bessere Wohnungen, bessere Erziehung, bessere Arbeitsstellen sind gekürzt oder vollständig eingefroren worden. Destruktion hat Priorität.

Neben diesem Verschleiß der Mittel steht eine grausamere Vergeudung von Menschen, von Menschen, denen man nur in body-count-Statistiken und Abhandlungen über ‚Unterprivilegierte' begegnet.

In dieser Situation beginnt sich eine eigene Mentalität der Schwarzen zu entwickeln, die sich in dem Gegensatz von „the sick white man" und „black is beautiful" lokalisieren läßt. Schwarze beginnen ihre Hautfarbe nicht mehr als unveränderliches Handicap anzusehen, sondern als Symbol für einen anderen, besseren kulturellen Hintergrund, als Grundlage für eine bessere Gesellschaft, deren Wertsystem nicht mehr durch das „was kostet . . ." der Mittelklasse bestimmt wird. Aus einem humaneren Wertsystem entwickelt sich eine schwarze Identität. Symbole dafür sind die militanten Negerführer Rap Brown und Stokely Carmichael. Ihre Kompromißlosigkeit bedeutet Selbstbewußtsein.

Martin Luther Kings Bedeutung lag in seiner Fähigkeit, dieses Selbstbewußtsein Schritt für Schritt in Zugeständnisse umzusetzen. Viele Schwarze arbeiten an dieser Aufgabe, die nur evolutionär gelöst werden kann, weil das weiße Amerika, besonders die Polizei, besser bewaffnet ist. Automatische Gewehre, Gaskanonen und Panzerwagen stehen einsatzbereit. Im Pentagon werden Notstandspläne ausgearbeitet. Auch die Justiz steht in vielen Fällen zu Diensten: Vor wenigen Wochen wurde ein schwarzer Dichter von einer weißen Jury zu einer ungewöhnlich hohen Strafe verurteilt: Der Richter hatte neben der Anklageschrift zwei Gedichte des Angeklagten vorgelesen, die zur Revolution, zur Gewalt aufforderten.

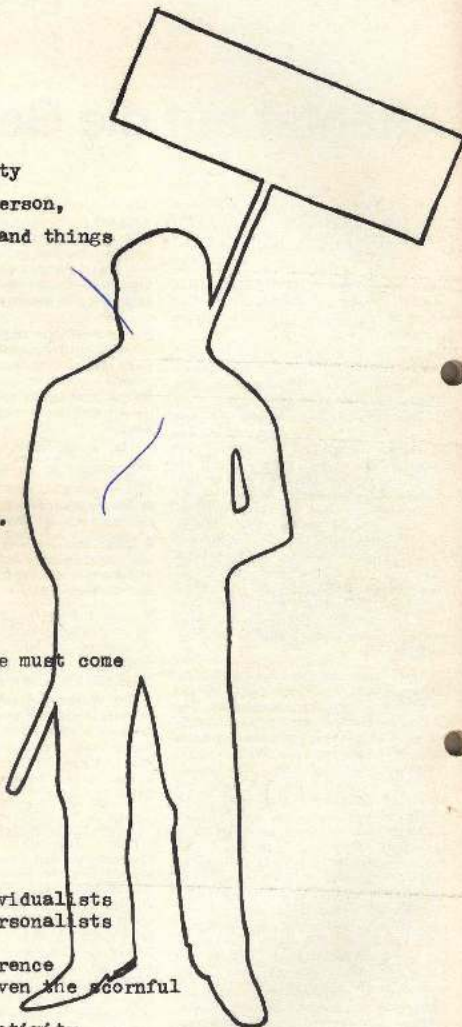
Rap Brown und Stokely Carmichael haben sich in diese Tradition des weißen Amerika gestellt: Ebenbürtig durch Gewalt. Martin Luther King stand in der Tradition schwarzer Religiosität und Gewaltlosigkeit. Die Synthese beider Traditionen kann zur Emanzipation führen. Die Aufgabe der amerikanischen Gesellschaft, schwarz und weiß, jedes Teils für sich und beider gemeinsam, ist ausgedrückt in folgendem Auszug aus Gordon Kendall, Ani-shau-na-big (indianisch für „spontaner Mensch"). Ich glaube, daß diese Zeilen das Ziel Martin Luther Kings ausdrücken, ein Ziel, für das er ermordet wurde:

s. Rückseite

---

[1]) Die Negerführer in Minneapolis hatten mir versprochen, für das ‚auditorium' einen kurzen Artikel über die Ziele von ‚black power' zu schreiben. Sie haben in diesen Tagen hektischer Aktivität keine Zeit dazu gefunden. Statt dessen ist es ihnen gelungen, den Ausbruch von Gewaltaktionen zu verhindern und in Verhandlungen erhebliche Zugeständnisse von der weißen Bevölkerung zu erreichen. Das ist ‚black power' in ihren sozialen und ökonomischen Aspekten. (Die kulturellen und humanistischen Implikationen kann ich nicht erläutern, das können nur Schwarze erklären.)

[2]) Insgesamt ca. 30 000 oder 0,00015 % der amerikanischen Bevölkerung. Anm. DH



when one finds a culture
with a value system
that
places persons above profit,
and where persons serve community
for the sake of each person,
and where reverence for animals and things
makes the world more real,
and where goals are achieved
thru
sharing and cooperation
then
one has found
the thing that
will save a world.

Our society
must change radically
to save itself
the radical change must come

not in its techniques
but in its goals

not in its means
but in its ends

not in its prices
but in its values

not in being personal individualists
but in being individual personalists

not being scornful of reverence
but in being reverent of even the scornful

not in filling time with activity
but in allowing time to be fulfilling. -